

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



1 / 2011

Starke bundespolitische Präsenz in der Akademie

Aktive und ehemalige prominente Politiker über Sprache, politische Kultur und die Freiheit des Mandats



Norbert Lammert

Die deutsche Demokratie befindet sich im Umbruch. Ein neues bürgerliches Selbstbewusstsein gegenüber Parteien und Parlamenten fordert die traditionellen Mechanismen des politischen Prozesses und der repräsentativen Demokratie heraus. Die Proteste gegen den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, das Wiederaufleben der Anti-Atomkraft-Bewegung im Wendland und das Scheitern der Hamburger Schulreform durch einen Bürgerentscheid sind deutliche Zeichen einer Bürgerbewegung, die mehr direkte Beteiligung an politischen Entscheidungen jenseits des Wahlrechts fordert.

Dies ist auch der Grund, warum die Akademie den thematischen Schwerpunkt im Jahr 2011 auf die „Gefährdungen und Herausforderungen der Demokratie“ setzt.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Dazu waren Ende 2010 und gleich zu Beginn des neuen Jahres zahlreiche bekannte Politikerinnen und Politiker aus der Bundespolitik zu Gast in Tutzing.

Bundestagspräsident Norbert Lammert forderte in seinem Vortrag über „Sprache und Politik“, Deutsch als Landessprache im Grundgesetz zu verankern. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger widersprach dem: Die Verwendung der Sprache sei rechtlich klar geregelt, auch wenn man in der praktischen Politik – vor allem der europäischen – täglich um sie kämpfen müsse.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse plädierte dafür, die Sprachpolitik nicht weiter zu tabuisieren. Denn sie finde trotz allem Gerede von „Zwangsgermanisierung“ ständig statt.

Siehe Seite 3

Die frühere Bundesministerin und Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth forderte „Mehr Mut zur politischen Gestaltung“, als sie über Macht und Ohnmacht des Parlaments referierte.

„Wir haben keine Demokratiekrise, aber eine Unzufriedenheit mit dem politischen System, den Akteuren und den Mechanismen der Entscheidung.“

Siehe Seite 4



Hans-J. Vogel

Der frühere Bundesminister und SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel diskutierte die Frage, ob die Freiheit des Abgeordneten eine Fiktion sei. Sie zählt immer noch viel,

meinte er. Im Gegensatz zum Bild in den Medien sei in der Realität des Parlamentsalltags abweichendes Verhalten einzelner Abgeordneter gar nicht so selten. Gerade bei ethisch-moralischen Fragen wie Abtreibung und Humangenetik gebe es die reinen Gewissensentscheidungen noch.

Siehe Seite 5



Wolfgang Thierse



Rita Süßmuth

Weitere Themen im Heft:

Pflegefall Sozialstaat	S. 12
Rechtsextremismus	S. 17
Kommunalpolitik	S. 20
Zukunft der Zeitung	S. 25
Deutschland und Russland – schwierige Partner	S. 30
Noch mehr Aufgaben für Europa	S. 32

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Gegen die Selbstabdankung des Deutschen	3
„Mehr Mut zur politischen Gestaltung“	4
Die Freiheit des Mandats – eine Fiktion?	5
„Gestaltungsanspruch nicht aufgeben“	6
Vom Elend der politischen Bildung	7
Krise der Medien oder Krise der Politik?	9
„Regelverletzer bekommen Ärger“	10
Pflegefall Sozialstaat	12
Arbeitsmarktpolitik und Sozialreformen in Zeiten des Umbruchs	15
„Nicht ignorieren, sondern hinschauen und aufstehen!“	17
Jugend und Recht	19
Mammutaufgaben für die Gemeinden	20
Wie wahres Wissen entstehen kann	22
Weniger Fälle – immer höhere Aufmerksamkeit	23
Zukunft der Zeitung – Zeitung der Zukunft	25
Andere Länder, andere Tücken!	28
Schwierige Partner in Europa	30
Noch mehr Aufgaben für Europa	32
Nahostkonflikt: Spiralen der Gewalt	34
Selbstbewusstes Kanada mit robuster Führungsrolle	37
Vor 50 Jahren: heftiger Gegenwind für die Akademie	39
Pressespiegel	40
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen – Jahresbibliografien	43
Themen – Tagungen – Termine	46
Namen und Nachrichten	48

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**
Pers. Referent des Direktors
Europäische Integration
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Stefan **Köppl**, M.A.
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit *Online-Redaktion:*

Sebastian Haas

Organisationsreferat:
Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Dinauer GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Gegen die Selbstabdankung des Deutschen

Bundestagspräsident Lammert für Verankerung der Landessprache im Grundgesetz

Sprache ist auch ein Politikum. Deshalb passte es gut, dass Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Tagung über „Deutsch als Wissenschaftssprache“ eröffnete, die die Akademie gemeinsam mit der Volkswagenstiftung ausrichtete. Die Sprachwissenschaftler Hans Joachim Meyer (ehem. Sächsischer Wissenschaftsminister) und Konrad Ehlich (Freie Universität Berlin) – die Initiatoren und Verantwortlichen für die Konzeption – waren dabei.

Lammert sieht eine Statusminderung des Deutschen auch und gerade als Sprache in der Wissenschaft: „Dies ist kein Naturereignis, sondern selbst gemacht“, sagte er. Dabei sei das Verhalten der Eliten ganz entscheidend. „Wir dürfen die Dominanz des Englischen nicht einer Eigendynamik überlassen.“

Schließlich habe die Sprache einen entscheidenden Anteil als Schlüssel zu politischen Entwicklungen. Er wandte sich strikt gegen die „Selbstabdankung des Deutschen“ bei Wissenschaftskongressen in Deutschland, bei denen nur Englisch gesprochen werde. Auch wenn Sprache ein Politikum sei, so sei die Politik zwar nicht für Sprache zuständig,

aber durchaus mitverantwortlich. Lammert nannte das Beispiel Rechtsschreibreform: „Da hat sich die Politik Probleme selbst geschaffen, die sie sonst nicht hätte.“ Er sprach sich für die Förderung der Vielsprachigkeit in Europa aus („Einheit in sprachlicher Vielfalt“), erinnerte aber gleichzeitig an die Verpflichtung für die eigene Sprache: „Wer sonst, wenn nicht wir, soll dafür verantwortlich sein?“ Muttersprachliche Kompetenz sei durch eine gelernte Fremdsprache nicht zu übertreffen: „Wir stellen die Präzision des sprachlichen Ausdrucks ins Risiko, wenn wir uns in einer Fremdsprache mitteilen.“ Lammert sieht auf jeden Fall Substanzverluste durch Übersetzungen. Auch wenn in der Europäischen

Union Deutsch offiziell die dritte Arbeitssprache sei, dominiere in der Realität Englisch „gnadenlos“. Der Parlamentspräsident sprach sich dafür aus, Deutsch als Landessprache im Grundgesetz zu verankern und so die Bedeutung der Sprache klarzustellen. Das sei zwar nicht unbedingt vorrangig und

sprache vorgelegt werden, hält sie zwar im Bundestag für möglich, in einem Ministerium aber nicht: „Denn gerade hier müssen wir schnell reagieren“, erklärte Leutheusser-Schnarrenberger.

Antje Vollmer von den Grünen, ehemals Vizepräsidentin des Bundestages, erwartet in diesem Zusammenhang konkrete Forderungen aus der Wissenschaft, um die Zukunft der Sprache in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) machte auf einen krassen Widerspruch aufmerksam: „Einerseits verachtet die Wissenschaft geradezu unsere Sprache, andererseits redet die Politik ständig von der Notwen-



Norbert Lammert: „Wir dürfen die Dominanz des Englischen nicht einer Eigendynamik überlassen“



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Täglicher Kampf mit der Sprache in der europäischen Politik



Wolfgang Thierse: „Sprachpolitik nicht weiter tabuisieren“

Fotos: Haas

zwingend notwendig. Aber im Vergleich zu den 58 Verfassungsänderungen seit 1949 kenne er nur etwa fünf, die an Bedeutung gleichkämen.

Die Anregungen des Bundestagspräsidenten fanden sich auch in der folgenden Podiumsdiskussion wieder. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hielt es nicht für nötig, Deutsch als Landessprache ins Grundgesetz aufzunehmen. Die Verwendung der Sprache sei rechtlich klar geregelt, auch wenn man in der praktischen Politik – vor allem der europäischen – täglich um sie kämpfen müsse. Gesetzesvorlagen nicht zu bearbeiten, wenn sie nicht in der Landes-

digkeit, Deutsch zu lernen. Das ist keine Einladung zu einer funktionierenden Integration.“ Internationalität in der Wissenschaft bedeute nicht Einsprachigkeit auf Englisch, sondern intensiven Austausch, egal in welcher Sprache. Für Thierse soll das auch praktische Folgen haben, denn er forderte: „Wo unsere Steuergelder zum Beispiel für die Forschung verwendet werden, sollten die Anträge auch nur noch in deutscher Sprache eingereicht werden.“ Außerdem plädierte er dafür, die Sprachpolitik nicht weiter zu tabuisieren. Denn sie finde trotz allem Gerede von „Zwangsgermanisierung“ ständig statt. ■

Michael Schröder / Sebastian Haas

Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe.

(Siehe Presseschau Seite 41)

„Mehr Mut zur politischen Gestaltung“

Die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth über
Macht und Ohnmacht des Parlaments

„Wir haben keine Demokratiekrise, aber eine Unzufriedenheit mit dem politischen System, den Akteuren und den Mechanismen der Entscheidung.“

Die Diagnose der früheren Bundesministerin und Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth ist klar und deutlich: „Es handelt sich nicht um ein Randphänomen. Die Veränderungen sind tiefgreifend.“ Und: „Es franst in der Mitte aus.“ Das mache die Sache bedeutsam. Sie sieht tiefe Risse zwischen Volk und Politik, aber auch quer durch die Gesellschaft. Sie fragte: „Was hält diese Gesellschaft noch zusammen?“ Denn es gebe nicht nur eine wachsende Kluft zwischen arm und reich. Nach ihrer Einschätzung handelt es sich um eine Vertrauenskrise: „Wahlen werden nur noch als unzureichendes Element der politischen Beteiligung angesehen.“



Karikatur: Stuttmann

Auf der einen Seite gebe es immer mehr informierte Bürger, die sich engagieren. Auf der anderen Seite steige die Zahl der Nichtwähler. „Apathie und Beteiligung sind gleichzeitige Vorgänge“, sagte Süssmuth. Nicht erst seit den Demonstrationen um das Großprojekt *Stuttgart 21* gehe ein tiefer Graben durch die Gesellschaft: „Immer mehr Menschen mischen sich ein. Sie wollen nachholen, was vorher an Informa-

tion und Transparenz vergessen wurde.“ Solche Projekte müssten in Zukunft anders moderiert werden, die Beteiligung der Bürger werde immer wichtiger. Dabei fehle es auch an Führung. Süssmuth sprach sich dafür aus, auf Gewalt und Konfrontation auf beiden Seiten zu verzichten und den Streit nicht für parteipolitische Zwecke zu missbrauchen.

Mediatoren gesucht

Ihre Argumente seien aber nicht als Nein zur repräsentativen Demokratie zu verstehen: „Wir müssen beides zusammenbringen“, sagte die frühere Parlamentspräsidentin. Für solche neuen Formen der Beteiligung brauche man dringend Mediatoren. Das Parlament, aber auch die herkömmliche politische Bildung, seien dafür nicht ausgerichtet. Ihr geht es nicht um die Abschaffung der bekannten Institutionen, sondern um ihre Veränderung. Zeiten des

Umbruchs – heute wie 1968 – seien Nachholprozesse für Versäumtes. Und wie damals, als Willy Brandt das Wort „Mehr Demokratie wagen“ prägte, müssten auch heute wieder kritische Fragen gestellt werden: „Allein sie können Protest auslösen.“ Die Menschen müssten ermutigt werden, ihre Stimme zu erheben. Dabei gehöre doch in der Demokratie gar nicht viel Mut zum Pro-

test. Wichtig sei eine Persönlichkeitsbildung zur Zivilcourage, die es ohne politische Bildung nicht gebe: „Ohne Bildung geht nichts – heute mehr denn je. Kluge Völker vernachlässigen ihre kulturelle Bildung nicht.“

Süssmuth sprach sich für eine neue Debattenkultur im Parlament aus: „Heute bleiben wir hinter unseren Möglichkeiten zurück. Wir haben eine gute Verfassung – aber sind wir auch in guter

Verfassung?“ fragte sie. Es gebe angesichts enger Regierungsvorgaben zu wenig Spielraum für das Parlament. Der kundige Bürger müsse mit einbezogen werden; denn: „Politik ist mehr als Regierung und Parlament.“ Und nach 30 Anläufen ohne Wirkung entstehe Ohnmacht und Frustration. Beteiligung dürfe nicht nur vorgegaukelt werden.



Rita Süssmuth: „Das Parlament bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück“
Foto: Schröder

Im Wettkampf mit der Wirtschaft forderte Süssmuth mindestens eine Rückkehr zur Gleichwertigkeit der Politik – wenn schon nicht zum Primat der Politik: „Wenn Geld allein regiert, geht es uns schlecht.“ Wer entscheide mit welchen Konsequenzen? Zahlen müsse am Ende immer der Nicht-Verursacher der Probleme. Und das führe zu weiterem Vertrauensverlust. Die Mechanismen der Wirtschaft seien schon in bisher nie gekanntem Umfang auf das Bildungssystem übertragen worden. Jetzt dürften sie nicht auch noch die Politik dominieren.

Rita Süssmuth forderte von ihren aktiven Kolleginnen und Kollegen im Bundestag und den Landesparlamenten mehr Mut zur politischen Gestaltung: „Wer nicht den Mut zur Führung hat, darf nicht erwarten, dass das Volk weiß, wo es lang geht.“ ■

Michael Schröder

Die Freiheit des Mandats – eine Fiktion?

Zwei Politikergenerationen über die Autonomie von Abgeordneten

Da sitzen zwei Generationen von Politikern am Tisch: Hans-Jochen Vogel (Jahrgang 1926) könnte der Großvater von Tobias Thalhammer (Jahrgang 1979) sein. Und doch teilen sie eine gemeinsame Leidenschaft: Die Politik. Vogel war Oberbürgermeister, Bundesminister und SPD-Vorsitzender. Insgesamt 36 Jahre Politik als Beruf. Thalhammer sitzt seit 2008 für die FDP im Bayerischen Landtag und ist dort mit 31 Jahren der jüngste Abgeordnete. Beide diskutierten über die Autonomie der Abgeordneten. Oder anders gefragt: Wie viel zählt die eigene Meinung im politischen Betrieb?

Sie zählt viel – damals wie heute – meint jedenfalls Hans-Jochen Vogel. Im Gegensatz zum Bild in den Medien („Der Fraktionszwang ist da – gelegentlich wird er aufgehoben“) sei in der Realität des Parlamentsalltags abweichendes Verhalten einzelner Abgeordneter gar nicht so selten. Vogel nannte Beispiele: So hätten 25 SPD-Abgeordnete 1990 gegen die Wäh-



Hans-Jochen Vogel: „Gegen künstlich erzeugten Zeitdruck muss man sich wehren“ Fotos: Schröder

rungsunion mit der DDR gestimmt und 13 Unions-Abgeordnete gegen den Einigungsvertrag. Gerade bei ethisch-moralischen Fragen wie Abtreibung und Humangenetik gebe es die reinen Gewissensentscheidungen noch, bei denen man die Verantwortung nicht an die Fraktion weiterleiten könne: „Da

bleibt der einzelne Abgeordnete nur seinem Gewissen verantwortlich“, sagte Vogel, der von 2001 bis 2005 auch Mitglied im Nationalen Ethikrat war.

Dem kann Tobias Thalhammer nur zustimmen. Doch als Parlamentarischer Geschäftsführer ist es in der FDP-Frak-



Tobias Thalhammer: jüngster Abgeordneter im Bayerischen Landtag

tion sein Job, Mehrheiten zu beschaffen, „eine Horde von Freigeistern“ unter einen Hut zu bringen. Böse Überraschungen vermeidet die Fraktion dadurch, dass Abgeordnete eine abweichende Haltung vorher anmelden müssen. Thalhammer selbst darf das auch. Doch er gibt zu: Das fällt schwer.

Dass die FDP im Landtag nur aus 13 Abgeordneten (und drei Ministern) besteht, sorgt für eine besondere Ar-

beitsbelastung: Thalhammer ist umwelt-, energie- und wehrpolitischer Sprecher seiner Fraktion, beackert viele Themen, und seinen Kollegen geht es ähnlich. Da muss man dem Experten in der Fraktion eben blind vertrauen – oder auch dem Koalitionspartner.

Nötigung aufgebaut

Der junge Abgeordnete berichtete von Dringlichkeitsanträgen der CSU (über eine „Kuhprämie“ von 50 Euro pro Tier für die Milchvieh-Halter), bei dem man „aus Mangel an Personal und Erfahrung für ein unsinniges Projekt gestimmt“ habe. Mittlerweile, so versichert er, liebe man sich aber nicht mehr ausnutzen. Hans-Jochen Vogel kennt dieses Problem nur zu gut. Er rät: „Gegen künstlich erzeugten Zeitdruck muss man sich wehren. Es muss Zeit bleiben für Information.“

Wenn der Druck aber aus der Sache selbst entstehe, wie bei den Finanzhilfen für Griechenland oder beim Bankenrettungsschirm, dann könne man nicht warten. „Es war eine sehr mutige Entscheidung – eine Frage von Stunden“, meinte Vogel. Aber die Änderung der Atompolitik der schwarz-gelben Bundesregierung mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke hätte ohne Zeitdruck vom Parlament beraten werden können: „Da wurde Nötigung künstlich aufgebaut“, sagte der SPD-Politiker. Aus seiner eigenen Erfahrung und Vergangenheit nannte er die Vorgänge des Herbstes 1977 rund um die Ermordung von Hanns-Martin Schleyer durch die RAF und die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ als Beispiele für schnelles und entschlossenes – manchmal auch einsames – Handeln.

Im Normalfall müssen Politiker lange warten, bis ihre Leistungen wirklich anerkannt werden und bis sie für die Bevölkerung glaubwürdig wirken. Kann ein junger Politiker nicht authentisch sein? Darf er es nicht? Hans-Jo-

chen Vogel hält die Kritik an den Jungen für nicht gerechtfertigt: „Es ist ungerecht, denen immer uns Alte vorzuhalten. Sie können nicht unsere Erfahrungen aus Diktatur und Krieg haben und sie sollen und müssen es auch nicht.“ Tobias Thalhammer bestätigt aber, dass die Politik in Bayern zu stark personalisiert sei, weil man Personen in den Landtag wähle und nicht die Partei. „Da achtet natürlich jeder darauf, sich einen Namen zu machen“, sagt der junge Abgeordnete und erklärte an einem Beispiel, was er damit meint: In Freising hat Thalhammer vor der Landtagswahl besonders viel plakatiert. Warum? Weil der dortige Bürgermeister den gleichen Namen trägt wie er. Diese Taktik zumindest ist aufgegangen. ■

Sebastian Haas /
Michael Schröder



Karikatur: Stuttmann

„Gestaltungsanspruch nicht aufgeben“

Volksparteien bald ohne Volk?

Mit eindrucksvollen Zahlen, die die großen Verluste an Mitgliedern und Wählern deutlich machten, konfrontierte Heinrich Oberreuter die Vertreter der Volksparteien: Julian Nida-Rümelin (SPD), früherer Kulturstatsminister, Philosophieprofessor an der Universität München und Vorsitzender der Grundwertekommission seiner Partei, sowie Manfred Weber (CSU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender der EVP im Europa-Parlament und Vorsitzender der Zukunftskommission seiner Partei.

Individualisierung dominiere die Gesellschaft („Unterm Strich zähl ich“) meinte Oberreuter. Die Milieus zerfallen und die Volksparteien haben zunehmende Integrationsprobleme. Können sie wieder Vertrauen bei der Bevölkerung gewinnen?

Nicht zurück hinter Godesberg

Nida-Rümelin formulierte ein deutliches Plädoyer für das Modell Volkspartei. Er rät, sich wieder darauf zu konzentrieren, was Volkspartei eigentlich bedeute: Orientierung am Gemeinwohl,

und nicht an den Interessen bestimmter Gruppen. „Die SPD darf nicht zurückgehen vor das Godesberger Programm von 1959. Mit Politik nur für die Arbeiterschaft gewinne ich in den urbanen Milieus von München, Stuttgart oder Hamburg keine Wahlen“, sagte Nida-Rümelin, der es außerdem als gefährlich empfindet, sich heute von früheren Entscheidungen zu distanzieren.

„Dann bekommt die Partei ein Problem mit ihrer Glaubwürdigkeit; dann sieht ihre Politik so aus, als würde es nur um Wählerstimmen gehen.“ Die Bürger wollten Kohärenz. Und der Absturz der

FDP in den letzten 12 Monaten zeige deutlich, was passiere, wenn sie die nicht bekämen.

Nida-Rümelin forderte unter den Gegebenheiten der modernen Mediengesellschaft neue Formen der Beteiligung. „Wir haben ein Problem, wenn ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung unzufrieden ist mit seinen Repräsentanten.“ Das aufgeklärte und informierte Bürgertum lehne sich auf und im unteren sozialen Milieu gebe es einen pathologischen Hass auf Politiker.

Im Internet und den sozialen Netzwerken etablierten sich neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die die etablierten Formen der Mitwirkung und Beteiligung schwächen. Er forderte bessere Einwirkungsmöglichkeiten für Nicht-Parteimitglieder; die Öffnung sei unverzichtbar: „Der Ortsverein ist nicht mehr das normale Element der Willensbildung.“ Er wisse, dass dies „Friktionen zwischen Funktionären und Gesellschaft“ bedeute. Aber das „Rundschleifen“ neuer Parteimit-



glieder in den Gremien sei „gefährlich“ und werde von Jüngeren nicht mehr akzeptiert.

Die parteipolitischen Gegensätze traten bei der Analyse nicht besonders stark hervor. Auch Manfred Weber ging mit seiner Partei teils hart ins Gericht, auch wenn er weiter die christlichen, bürgerlichen Traditionen der CSU betonen will: „Wir dürfen unser konservatives Profil und unsere Stamm-Milieus nicht aufgeben.“ Die milieuübergreifende Integrationspartei sei eine tolle Idee. Er sieht seine Partei auf dem Weg von einer Bekenntnis- zu einer Mitmachpartei: Man trete nicht mehr in die CSU ein, weil man Strauß oder Seehofer gut finde, sondern weil man etwas bewirken wolle. „Es ist nicht entscheidend, ob ich in meinem Ortsverband fünf oder 50 Mit-

glieder habe, sondern ob ich Leute darin habe, die etwas entscheiden, etwas gestalten wollen“, meinte Weber.



Manfred Weber: „Von der Bekenntnis- zur Mitmachpartei“

Ein wesentlicher Grund für den Vertrauensverlust in die Volksparteien sei der fehlende Mut zur Gestaltung – und das in Zeiten der großen Herausforderungen. Er nannte die Globalisierung, den Klimawandel, die demografische Entwicklung und die Staatsverschuldung als Beispiele.

„Die Leute stellen Fragen, und wir müssen auch zugeben, wenn wir noch keine Antworten haben. Aber den Gestaltungsanspruch dürfen wir nicht aufgeben“, sagte Weber. Karl-Theodor zu Guttenberg sei dafür ein gutes Beispiel und erkläre auch einen Teil des Phänomens und seines Erfolgs. ■

Michael Schröder

Vom Elend der politischen Bildung

Politiker und Wissenschaftler fordern höheren Stellenwert und eine „Schule als Republik“

Erosionserscheinungen der repräsentativen Demokratie und des Parteienstaats sind überall zu beobachten: der Volksentscheid gegen die Schulreform in Hamburg, der anhaltende Widerstand gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21. Das sind Symptome für die Unzufriedenheit mit der Politik. Auf der anderen Seite steht ein von wirtschaftlichen Mächten getriebenes Par-

lament: die Blitzentscheidungen über die „Rettungsschirme“ während der Banken- und Finanzkrise oder auch die energiepolitische Kehrtwende unter dem Druck der Konzerne sind Beispiele. Nicht zuletzt die immer niedrigeren Wahlbeteiligungen und die sinkende Zustimmung zu den Volksparteien werfen die Frage nach der Zukunft der repräsentativen Demokratie, des Parlamentaris-

mus und des Parteienstaats auf. Immer stellt sich auch die Frage nach dem Primat der Politik: Wer ist die gestaltende Kraft? Haben Parlament und Regierung noch das Heft des Handelns in der Hand? Die Tagung „Das Elend der politischen Bildung – Gefährdung der Demokratie“ fragte aber auch nach Einfluss und Zustand der politischen Bildung.*

Das Projekt der Bildungsforscher war ambitioniert: Eine Bestandsaufnahme der gesamten politischen Bildung in Deutschland sollte die Studie werden – schulisch und außerschulisch. Welche Träger und Institutionen sind dabei? Wie viel Geld wird ausgegeben?

Wie viele Teilnehmer gibt es? Welche Themen werden angeboten? Das Forscherteam um Dirk Lange von der Universität Hannover hatte sich viel vorgenommen. Doch die vielfältige und zerklüftete Landschaft der politischen Bildung in Deutschland gibt immer

noch viele Rätsel auf. Es gibt kein einheitliches Konzept und schon der Begriff bleibt schillernd und unbestimmt. So mussten allein wegen des unübersichtlichen Bildungsföderalismus am Ende der Studie noch viele Fragezeichen stehen bleiben.

Stellvertretend fürs Team stellten Joachim Stöter und Alexander Bähr Teilergebnisse des „Monitors Politische Bildung“ vor. Bezogen auf Bayern kom-

*In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und der Fachgruppe Geschichte/Sozialkunde im Philologenverband Oberbayern

men sie zu dem Schluss, dass bei Real-
schulen und Gymnasien der Freistaat,
bezogen auf die Unterrichtsstunden,
das Schlusslicht im bundesdeutschen
Geleitzug bildet. Sie beklagen eine zu-



*Joachim Stöter: Teilergebnisse des
Monitors Politische Bildung*

Fotos: Schröder

nehmende Marginalisierung des Fa-
ches durch Kombinationen mit ande-
ren. Zudem sei der Anteil der fachfrem-
den Lehrkräfte sehr hoch.

Verbesserungs- potenziale

Auch Akademiemitarbeiter Ondrej
Kalina, der für die Adenauer-Stiftung
jüngst eine entsprechende Studie pu-
bliziert hat, stützt diese Ergebnisse und
sieht besorgniserregende Trends: den
relativ niedrigen Stellenwert und die
Verwässerung der politischen Bildung,
den häufig fachfremden Unterricht und
die Ökonomisierung des Faches: „Es
gibt Verbesserungspotenziale auf re-
lativ hohem Niveau“, sagte Kalina. In
Bezug auf die politische Erwachsenen-
bildung sieht er eine Verschmelzung
von beruflicher und politischer Bil-
dung. Dazu komme ein verengtes Ver-
ständnis als „Feuerwehr“, wenn es
politisch irgendwo brennt, z.B. beim
Rechtsextremismus. Durch die zuneh-
mende Projektfinanzierung – statt Glo-
balfinanzierung – käme es zu „einer
Pervertierung des Auftrags durch das
Vordringen von Marktlogiken in die
Weiterbildung“. Außerdem sei die Ver-
netzung der Träger verbesserungswür-

dig. Kalina sprach sich für eine metho-
dische, organisatorische und techno-
logische Modernisierung der politi-
schen Bildung aus und eine dezidierte
Zielgruppenansprache. Schwerpunkte
und Profile müssten deutlicher erkenn-
bar werden und der Horizont müsse um
die Internationale Politik erweitert wer-
den. Selbstverständlich müsse eine
nachhaltige und dauerhaft gesicherte
Finanzierung der Träger der politi-
schen Bildung gefordert werden.

Gestärkt oder vernachlässigt?

Mit diesen Ergebnissen und den kon-
kreten Praxisberichten zahlreicher So-
zialkundelehrer aus Bayern wurden
Landtagsabgeordnete des Bildungs-
politischen Ausschusses konfrontiert.
Georg Eisenreich von der CSU und
stellvertretender Ausschussvorsitzen-
der meinte, es sei ein Fehler, die politi-
sche Bildung nur einem Fach zuzuor-
dnen. Er plädierte für einen fächerüber-
greifenden Ansatz: „Politische Bildung
ist Aufgabe aller pädagogischer Bemü-
hungen und Thema für mehrere Fä-
cher.“ Durch das G8 sei die Sozialkun-
de gestärkt worden. Sie sei verpflich-
tend und besser verankert als früher.
Außerdem sei für die politische Bil-
dung nicht nur die Schule zuständig.
Auch die Familie sei hier in der Pflicht.

„Ein bisschen Widerspruch“ kam vom
Koalitionspartner FDP. Renate Will
meinte: „Wir fangen mit der Sozialkun-
de und Demokratieverziehung zu spät
an.“ Die Grundbegriffe des Politischen
seien zu komplex, um am Rande erle-
digt zu werden. Sie forderte mehr Er-
ziehung zur Medienkompetenz. Auf
diesem Feld könne man sich nicht auf
Eltern und Familie verlassen.

Martin Güll von der SPD ist sicher:
„Die 40 Stunden pro Schuljahr reichen
nicht.“ Beim alten G9 sei Sozialkunde
nur für zehn Prozent eines Jahrgangs
angeboten worden. Problematisch
sieht er auch den 45-Minuten-Takt des
Ein-Stunden-Fachs, wobei praktisch
nur 30 Minuten übrig bleiben. Der Un-
terricht müsse Verständnis für das Po-
litische wecken, pure Wissensaneig-
nung über Institutionen reiche nicht

aus: „Wer Vokabeln lernt, kann die Spra-
che noch nicht sprechen.“ Man müs-
se mutiger sein bei der Schwerpunkt-
setzung: „Standpunkte müssen vermit-
telt werden, an denen man sich reiben
kann. Werte müssen erlebt werden.“

Auch Thomas Gehring von den Grü-
nen will, dass die Schüler Politik nicht
nur als Konsumenten erleben. Er
brachte die Medien als „heimliche Mit-



*Renate Will forderte mehr Erzie-
hung zur Medienkompetenz*

erzieher“ mit ins Gespräch, gegen die
die Schule machtlos sei. Er kritisierte
zu wenig Stunden und zu wenig Fach-
lehrer: „Das Ein-Stunden-Fach Sozial-
kunde ist nur ein Hücke-Pack-Fach der
Geschichte und wird nicht ernst ge-
nommen. Die Eigenständigkeit als Abi-
turfach wäre wichtig“, sagte Gehring.

„Demokratie lernen jenseits von Bil-
dungsstandards“ forderte der Eich-
stätter Politikdidaktiker Joachim Det-
jen. Die Alternative zu unüberschau-
baren Konzepten und Lernzielen
(„Viel Inhalt für wenige Stunden“) sei
eine Schulkultur der Anerkennung,
die Würde, Selbstvertrauen und An-
erkennung verschaffe und vermittele.
Demütigungen und Ausgrenzungen
dürfe es im Unterricht nicht mehr ge-
ben – stattdessen müssten Selbstbe-
wusstsein und Solidarität gefördert
und praktiziert werden. Detjen möchte
„die Schule als Republik“, in der de-
mokratische Beteiligung und Kommu-
nikation gelebt und erfahren werden.
Insbesondere müsse eine demokrati-
sche Debattenkultur erlernt werden. ■

Michael Schröder

Krise der Medien oder Krise der Politik?

Journalismus als „Eliten-Vernichtungsmaschine auf Hochtouren“

Image statt Inhalte, Symbole statt Substanz, Werbefeldzüge statt Wahlkampf, Präsentationsstile statt Politik. Heinrich Oberreuter widmete sich diesen Schlagworten bei seinem Beitrag „Politikvermittlung in der Mediendemokratie“. Für ihn geht es, wie im Theater, nur noch um die Inszenierung des guten Scheines seitens der Politik: „Es geht um die Mediatisierung der Politik durch die Medien.“ Das heißt: Die Politik unterwirft sich der Eigengesetzlichkeit der Medien. Es gehe nicht mehr um komplexe Argumentation und Problemanalyse, sondern um vereinfachte Darstellung und um die Reduzierung von Komplexität – besonders in der Bilderwelt des Fernsehens.

Deshalb befürwortet Wolfgang Storz die Reduktion von Komplexität in den Medien und die Auftritte der Politiker in den Talkshows. Der frühere Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“ sagte: „Wenn es Interesse an Politik weckt, wenn die Probleme dort verständlich erklärt werden, ist das eine gute Sache – sie ist es nicht, wenn dort getäuscht, getarnt und verhindert wird. Was aber gesagt wird, haben die Politiker selbst in der Hand. Die Medien bieten nur die Plattform“, meinte Storz.

Vertrauensverlust

Oberreuter fragte, ob diese Diskrepanz zwischen Sein und Schein nicht mittlerweile auf die Potenz des politischen Führungspersonals selbst zurückschlage und sprach von einem „Aufstieg des Starsystems in die Politik“. Er warnte: „Wenn aber nur die Inszenierungen stimmen und nicht die Lösungen, lässt sich diese Diskrepanz nicht dauerhaft verbergen.“ Vertrauensverlust sei die Folge.

Storz sieht „revolutionäre Wirkungen und Veränderungen“ des Mediensystems durch das Internet: „Journalisten verlieren ihre gate-keeper-Funktion.“ Jeder könne direkt an die Quellen der Nachricht gelangen und auch selbst zum Sender werden. Für ihn ist klar: „Es gibt keine Medienkrise.“ Aber in der Krise steckten ausgerechnet die regionalen und überregionalen Qualitätszeitungen, die konstitutiv für die

se Demokratie seien. Ihre Krise sei fundamental, denn ihr Geschäftsmodell sei heute zum Scheitern verurteilt und ein



Heinrich Oberreuter: „Inszenierungen ohne Substanz führen zum Vertrauensverlust“

neues noch nicht in Sicht. „Deshalb ist dies auch ein Problem unserer Demokratie und nicht nur eines von Arbeitsplätzen.“

Zu wenig „Graubrot-Informationen“

Aus der wirtschaftlichen Krise folgt für Storz auch eine inhaltliche Krise des Journalismus: Der Journalist vermisst „nahrhafte Graubrot-Informationen“, also Zusammenhänge, Analysen, Überblick. Vor allem Verständlichkeit. Storz machte dies am Beispiel der Griechenlandkrise deutlich. Politik müsse Politik bleiben und dürfe nicht

unter der Hand zur Unterhaltung und zum Spektakel verkommen. „Wenn die BILD-Zeitung zum Leitmedium geworden ist, dann ist dies ein untrügliches Zeichen dafür, dass bereits zuviel massenmediales Spektakel in die politische Berichterstattung eingezogen ist.“

Storz beklagte, dass die meisten Journalisten auf die immer komplizierteren Entscheidungssituationen der Politik mit immer banaleren Personalisierun-



Wolfgang Storz: „Journalisten verlieren ihre gate-keeper-Funktion“

Fotos: Haas

gen reagieren, die Ereignisse nur noch in Duelle umwandeln: „Röttgen gegen zu Guttenberg, Schäuble gegen Seehofer, Brüderle gegen Westerwelle, Gabriel gegen Merkel. High Noon als Endlosschleife, wenn auch nur mit Platz-Patronen.“

So mache es sich der Journalismus zu bequem. Wer gegen wen ist und warum die Politik schon wieder versagt, dazu könne jeder etwas sagen. Das sei kein Journalismus, sondern Spekulation. So verkomme Journalismus zu einer „Eliten-Vernichtungsmaschine auf Hochtouren“, sagte Storz. Eine solche veröffentlichte Meinung blockiere demokratische Politik. Er forderte Investitionen des Staates in den Journalismus: „Das sind Investitionen in die Infrastruktur dieser Demokratie und damit wichtiger als jede Abwrackprämie.“ ■ *MS*

„Regelverletzer bekommen Ärger“

Heinz Buschkowsky fordert das „Ende der Geldscheinpolitik“

Integration vor Ort – wie geht das? Beim Akademiegespräch im Landtag trug der Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, praxisnahe Lösungen vor.

„Die Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen stoppen“. „Muslimische Migranten sind dümmer als Deutsche“. „Zuwanderer in Neukölln verstecken sich in den Schluchten unserer Verwaltung.“ Zitate aus den letzten Monaten zur Integrationsdebatte.

Sie sorgten für viel Wirbel, Aufregung und Gesprächsstoff in Medien und Gesellschaft. Die Akademie setzte dazu beim Akademiegespräch im Landtag einen Kontrapunkt. Es sprach ein Experte in Sachen Integration: Heinz Buschkowsky (SPD), Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln. Mit seinen außergewöhnlichen Lösungsansätzen sorgte er gleichermaßen für Applaus und Kopfschütteln.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter konnte fast 400 Besucher im Maximilianeum begrüßen, darunter viele Landtagsabgeordnete und Hildegard Hamm-Brücher, die ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Ihnen allen erklärte er, dass die Integration das falsche Thema für Hysterie und abstrakte Diskussionen sei. „Die sind unergiebig, unerfreulich und vor allem: nicht ehrlich. Warum sollten wir uns mittels Religion von anderen abgrenzen, wenn die in unserem Leben kaum eine Rolle mehr spielt?“ Es sei dringend nötig, einerseits die eigene Veränderungsfähigkeit zu zeigen und sich andererseits den wahren Problemen der Integration zuzuwenden.

„Dieses Land braucht Zuwanderung“, sagte Oberreuter. „Doch wenn ich von den Zuwanderern verlange, dass sie die deutsche Sprache lernen, dann ist das keine Zwangsgermanisierung, sondern die Voraussetzung für erfolgreiche Integration.“

Vor Ort kann man sich eine Kluft zwischen Reden und Handeln sowieso nicht leisten. Niemand weiß das besser als Heinz Buschkowsky. Der SPD-Politiker wohnt und arbeitet zeitlebens im Berliner Bezirk Neukölln: ein Stadtteil mit 300.000 Einwohnern aus 162 Nationen, von denen jeder Zweite mit weniger als 700 Euro im Monat auskommen muss. Mit seinen Analysen, Vorschlä-

wieder verschwinden: „Seit 30 Jahren diskutieren wir auf demselben Niveau, und die Realität rast an uns vorbei. Wir sind das zweitgrößte Einwanderungsland der Welt. Und das bedeutet harte Arbeit – für alle“, erklärte Buschkowsky.

In einem mit Anekdoten und Berliner Witz gespickten Vortrag ging der Bürgermeister auf viele Aspekte der aktuellen Integrationsdebatte ein: Von Thilo Sarrazins „Rotem Buch“ („Die Volksparteien müssen sich auch mit Thesen auseinandersetzen, die sie grauenhaft finden – sonst verlieren



Bekannt für ungewöhnliche Lösungen: Heinz Buschkowsky, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln
Foto: Haas

gen und Aktionen sorgt Buschkowsky für Aufsehen. Dass es ihm dabei um Lösungen – und nicht um Provokation – geht, das machte er beim Akademiegespräch deutlich.

Harte Arbeit – für alle

Der Berliner Bezirksbürgermeister zeigte sich bei seinem Vortrag so, wie man es von ihm erwartete: launig, provokativ, witzig mit Berliner Schnauze. Zu Beginn räumte er gleich mit den „Lebenslügen“ der Integration auf. Es gebe weder eine Symbiose der Kulturen noch würden die früheren Gastarbeiter

sie den Kontakt zum Volk und öffnen dem Rechtspopulismus Tür und Tor.“) über Quellen der Zuwanderung („Wo gibt es denn Fachkräfte, die wir anwerben können? In Indien, China und der Türkei!“) bis hin zu der Tatsache, dass Zuwanderung überall in Deutschland stattfindet („Es gibt viele Neuköllns, nur mit anderen Namen. Wir müssen vor Ort aktiv sein, hier fallen die Entscheidungen“).

Doch letzten Endes entscheidet in Buschkowskys Augen die Bildung über die erfolgreiche Integration der Zuwanderer. Er glaubt an die verän-



dernde Kraft der Bildung. „Wenn ich Analphabeten anwerbe, können die später ihren Kindern den Satz des Pythagoras nicht erklären. Was ist denn daran so schwer zu verstehen?“, fragte er.

Die Bildung bringt's

Das Bildungsproblem sei ein Integrationsproblem und somit ein wirtschaftliches Problem: ohne Bildung keine Fachkräfte und kein Wohlstand. Wie lässt sich also dieser Teufelskreis durchbrechen? Buschkowsky hat Vorschläge („von denen einige von Ihnen sicher Pickel bekommen“) und setzt diese in Neukölln auch teils rigoros durch.

Vorschlag Nummer Eins: Zur Bildung zwingen. In seinem Stadtteil bringt die Polizei Schulschwänzer („Entschuldigung: schuldistanzierte Jugendliche“) ins Klassenzimmer und Wachdienste patrouillieren an den Schultoren. „Die Botschaft ist für alle zu verstehen: Wer die Regeln verletzt, bekommt Ärger. Wenn du nicht zur Schule gehst, dann kommen die Bullen“, sagte Buschkowsky und verwies darauf, dass es seit drei Jahren keine Gewaltfälle mehr an Neuköllner Schulen gegeben habe, die einen Wachdienst beschäftigen.

Vorschlag Nummer Zwei: Bildung so früh wie möglich. Das bedeutet für den Bürgermeister Kindergartenpflicht ab dem zweiten Lebensjahr und Ganztageschulen. „In unseren ersten Klassen haben 40 Prozent der Kinder nur rudimentäre deutsche Sprachkenntnisse, die meisten sind in einem schlechten Gesundheitszustand. Und wenn mir auf der anderen Seite die Bertelsmann-Stiftung versichert, dass Migrantenkinder, die eine Kinderkrippe besuchen, fast doppelt so gute Bildungschancen haben und gesünder leben – dann müssen die da hin.“ Schließlich stünde ja auch im Grundgesetz: Fürsorge und Pflege ist Sache der Eltern, aber der Staat habe darüber zu wachen.

Vorschlag Nummer Drei: Mehr Geld für Bildung. Die Rechnung ist denkbar einfach: 18 Milliarden Euro gebe die Bundesregierung für die Rettung der Commerzbank aus. 12 Milliarden Euro, um Krippenplätze für alle zu finanzieren, seien aber nicht vorhanden. „Ich mache lieber Schulden für die Leute, die es mir später eventuell zurückzahlen, statt für die Boni der Banker“, rief Buschkowsky unter Beifall in den Saal.

Außerdem berichtete er von einem kostengünstigeren Beispiel aus Berlin-Neukölln: Das dortige Albert-Schweitzer-Gymnasium, vor einigen Jahren „fast tot“, habe man in Zusammenarbeit mit der türkischen Gemeinde und dem Sozialdezernat komplett zur Ganztageschule umstrukturiert. Frisch ge-

ausbezahlt werden. Die andere Hälfte könne man in eine Stiftung leiten, die das Geld erst dann an die Länder ausbezahlt, wenn diese es direkt in das Bildungswesen investiert hätten.

Außerdem ist der SPD-Politiker dafür, das Kindergeld auszusetzen, wenn das betreffende Kind die Angebote nicht nutzt: Kommt das Kind nicht in die Schule, geht das Kindergeld nicht aufs Konto. „Wir müssen die Spielregeln der Gesellschaft zur Not auch gegen den Willen der Eltern durchsetzen“, meint Buschkowsky dazu. „Das Vorhandensein von Sanktionsmaßnahmen stimuliert gesellschaftskonformes Verhalten. Mit roten Ampeln im Straßenverkehr funktioniert das doch auch.“



Integration vor Ort: Straßenszene in Neukölln

backene Abiturienten und Sozialarbeiter coachen nun die Schüler. Die Zahl der Absolventen habe sich versechsfacht – und das bei weiter 90 Prozent Migranten und Mehrkosten von nur 220 000 Euro im Jahr.

Vorschlag Nummer Vier: Geld als Druckmittel. Buschkowsky will „das Ende der Geldscheinpolitik“. Beispielsweise könne nur noch die eine Hälfte des Kindergeldes direkt an die Eltern

Provokante Thesen und diskussionswürdige Lösungsansätze – Heinz Buschkowsky hat für ein äußerst interessantes Akademiegespräch im Landtag und lebhaftes Gespräch danach gesorgt. ■

Sebastian Haas

(Siehe Presseschau Seite 40/41)

Pflegefall Sozialstaat

Kritik am Sozialstaat ist populär. Mal verdirbt er den Charakter, da er eine Versorgungsmentalität hervorbringe, mal bedroht er den Wirtschaftsstandort Deutschland, weil er so hohe „Lohnnebenkosten“ verursache. Die Kritik ist so populär, dass sie auch in der Wissenschaft schon lange gang und gäbe ist. Die Veränderungen in der Struktur des Sozialstaats der Bundesrepublik sind von dieser Kritik motiviert. Unveränderbar ist jedoch die grundgesetzliche Festschreibung, dass Deutschland ein Sozialstaat zu sein hat. Die Tagung „Pflegefall Sozialstaat“ fragte daher nach den Grundlagen des sozialen Rechtsstaats und blickte auf aktuelle Herausforderungen.

Der Sozialstaat ist das Zeugnis einer verallgemeinerten Solidarität. Doch kennt diese Solidarität auch politisch festgelegte Grenzen? In der Bundesrepublik, so der Soziologe Stephan Lessenich, sind sie durch die nationalstaatliche Organisation und durch die Fokussierung auf die Erwerbsgesellschaft markiert. So entstehen unterschiedliche Statusrechte. Der Arbeits- und Staatsbürger darf sich inkludiert wissen, ohne Arbeit wäre er desintegriert. Wer zwar kein Staatsbürger, aber doch Arbeitsbürger ist, lebt in der Zone der Integration. Ist er ohne Arbeit, unterliegt er der Exklusion. Auf die aktuellen politischen Diskussionen mit ihrem Zug zur Kulturalisierung sozialer Ungleichheit gewendet, steht nach Lessenichs Worten am einen Ende der „Leistungsträger“ und am anderen die „Kopftuchträgerin“.

„Heroischer Sozialstaat“

Der Sozialstaat der frühen Bundesrepublik hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den Kapitalismus in ein System der sozialen Sicherheit einzubetten. Er gebär eine neue Versorgungsklasse: Auch wer vermögenslos und nicht erwerbstätig ist, konnte teilhaben. Wohl gab es auch hier noch Anerkennungsdefizite. Unter der Oberfläche von prosperierendem Wachstum, politischer Stabilität und imaginierter kultureller Homogenität, gehörten auch Hausfrauen oder Langzeitarbeitslose nicht wirklich dazu. Doch insgesamt galt die Versorgungsklasse als legitim. Es war dies die Zeit des „heroischen Sozial-

staats“. Das änderte sich in den 70er Jahren, denn nun galt: „Der Held wird zum Schurken.“

Neosoziale Wende

Seitdem werde nach einer neuen Vermittlung von ökonomischer und sozialer Realität gesucht. Das Lösungswort des seitdem erfolgenden Umbaus des Sozialstaates sei „Aktivierung“. Der versorgende Sozialstaat, so die verbreitete Ansicht, habe nur eine „Versorgungsmentalität“ geschaffen, die „neosoziale Wende“ fordere nun, in Selbstsorge Verantwortung zu übernehmen. Das neoliberale Kennwort dafür ist die „Eigenverantwortung“. Selbst das Wort „sozial“ erfahre damit eine Umwertung: „Wer sich eigenverantwortlich verhält, der gilt auch als sozialverantwortlich. Wer sich hingegen auf die Fürsorge anderer verlässt, der handelt unverantwortlich.“ Als sozial gilt es nun, sich aus dem sozialen Zusammenhang herauszuhalten. Für die weiterhin bestehenden sozialen Ungleichheiten bedeutet das: Sie werden individualisiert, remoralisiert und schließlich kulturalisiert. Gestartet war der Sozialstaat jedoch mit der Konzeption sozialer Rechte, er hatte nicht moralisiert. Schließlich greife der aktivierende Staat nicht weniger in das Leben seiner Bürger ein als vormals der versorgende Sozialstaat. Verändert hat sich nur die Form der staatlichen Tätigkeit, so besteht ein Zwang zur Eigenvorsorge und die Ausgaben des Sozialstaats bleiben seit den 70er Jahren relativ auf gleicher Höhe.

Die Normierung des Sozialstaats in Artikel 20 des Grundgesetzes legt die Bundesrepublik auf das Ziel fest, sozial Schwache zu schützen.

Der Staatsrechtler und Rechtsphilosoph Rolf Gröschner verband diese Feststellung mit dem Prinzip der Republik, die „durch Freiheit legitimiert, in Ämtern organisiert und am Gemeinwohl orientiert“ sei. In diesem Rahmen ist auch der Sozialstaat zwingend freiheitlicher Art. Die republikanische Verfassung begründet nicht nur einen Gegensatz zur Monarchie – laut Gröschner „eine schreckliche Vereinfachung“, die aber auch von Lehrbüchern verbreitet werde. Verboten ist damit vielmehr das monarchische Prinzip, verboten sei der unpolitische Staat, der die Ordnung der Gesellschaft nicht öffentlich thematisiert.

Um die Freiheit ging es bereits in der Geburtsstunde des Sozialstaats in Deutschland. Schon der preußische Staatskanzler von Hardenberg sah 1817 durch die Entwicklung der Arbeitswelt nicht lediglich das physische Auskommen, sondern die „moralische Freiheit“ bedroht. Der Verlust der Menschlichkeit des Menschen müsse etwa durch Beschränkungen bei der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter verhindert werden. Auch bei den geistigen Gründungsvätern der Sozialstaatlichkeit, bei Fichte, Hegel und Lorenz von Stein war deutlich, dass der Staat, weil er im Dienste der Freiheit steht, zum Sozialstaat werden müsse.

Nach dem Grundgesetz hat der Staat „die allgemeinen Voraussetzungen zum Gebrauch der Freiheitsgrundrechte zu gewährleisten“. Dies begründet keine Anspruchsrechte, wohl aber eine Pflicht für den Staat. Zur freien Entfaltung des Menschen gehören Wissenschaft und Künste ebenso wie die Familien oder die Möglichkeit ein Dach über dem Kopf zu haben. Der freiheitliche Sozialstaat hat nun nicht die Aufgabe, Wohnraum zuzuweisen, aber er muss beispielsweise bezahlbare Wohnungen durch eine vernünftige Wohnbaupolitik schaffen.



Die vom Sozialstaat anzustrebende Inklusion sei schließlich keine Frage der Moral, sondern eine Forderung der Gerechtigkeit. „Soziale Gerechtigkeit“ ist, so Gröschner, als Ordnungsbegriff zu verstehen: Der Staat ist zum Ausgleich sozialer Gegensätze verpflichtet und hat „ein soziales Besser“ anzustreben. Damit beschreibe der soziale Staat nicht ein absolutes Ziel, sondern er stelle eine dynamische Ordnungsaufgabe dar.

Familie und Sozialstaat

Auch der Soziologe Michael Opielka konstatierte einen Wandel der Politik innerhalb der letzten 20 Jahre. Sie werde zunehmend von einer neuen Form des wissenschaftlich simulierenden Lobbyismus beeinflusst. Im Bereich der Familienpolitik ziele dieser unter dem Motto der „Vereinbarkeit“ auf eine umfassende Eingliederung von Eltern und insbesondere Frauen in den Arbeitsmarkt. Während der Sozialstaat ein Projekt der Dekommodifizierung war, da er bestrebt war, die Arbeitskraft

vom Warencharakter möglichst frei zu halten, gewinnt die Arbeit insgesamt an Bedeutung. Das schlage sich auch im Blick auf die Familie nieder. So habe die Familie insgesamt keinen eigenen gesellschaftlichen Stellenwert, sie wird „von der Arbeit her gedacht.“ Dabei würde eine Stärkung des Eigenrechts der Familie zum Beispiel durch großzügige Elternzeitregelungen, die nicht als Lohnersatzleistung, sondern als genuine Anerkennung von Elternarbeit konzipiert wären, auch zur Stärkung der Arbeitsfähigkeit von Eltern beitragen. Das haben empirische Studien belegt. Sicher sei zudem: „Langfristige soziale Sicherheit für Eltern ist die Grundlage verantwortlicher Elternschaft und trägt dazu bei, dass Entscheidungen für Kinder getroffen werden.“

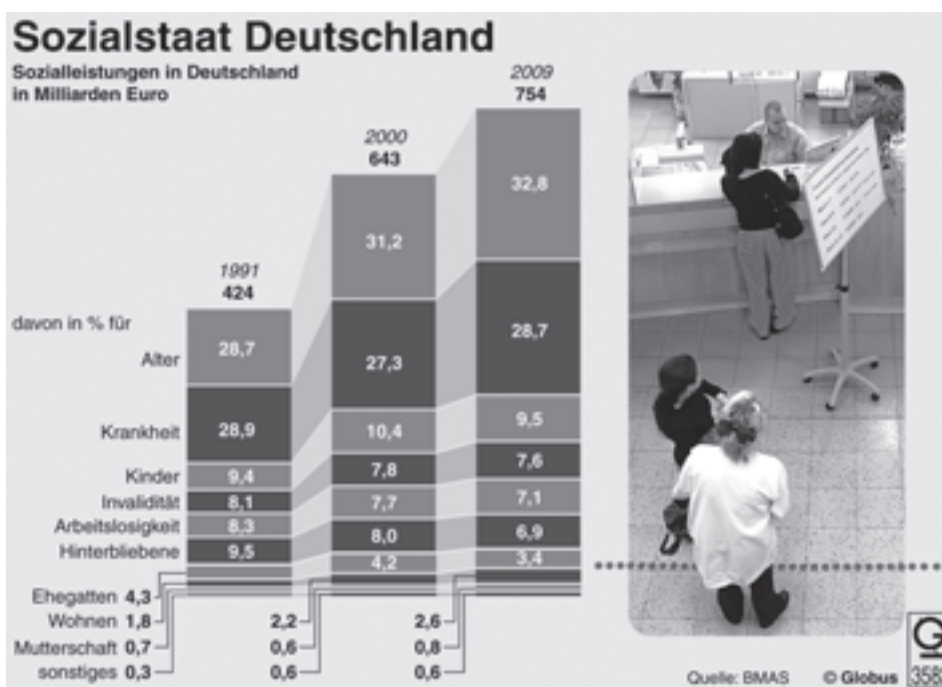
Demografischer Wandel – kontrovers

Stefanie Wahl von der Stiftung denkwert zukunfts präsentierte die Herausforderungen, die der demographische Wandel für das gesamte Gefüge der

Gesellschaft mit sich bringt. Dramatisch seien sie vor allem für die sozialen Sicherungssysteme. Steigenden Kosten durch eine älter werdende Bevölkerung stehen geringere Einnahmen durch eine verringerte Zahl von Erwerbstätigen gegenüber. Die Kosten etwa der Rentenversicherung explodierten geradezu. Sie forderte daher einen weiteren Umbau des Sozialstaats hin zu privaten, kapitalbasierten Versicherungslösungen. Dies sei auch eine Forderung der Generationengerechtigkeit.

Albrecht Müller, Betreiber des Informationsdienstes nachdenkseiten.de und früher Planungschef im Kanzleramt unter Helmut Schmidt, nahm die Produktion der öffentlichen Meinung ins Visier. Er bezeichnete sie als „manipulative Meinungsmache“ und zählte die Rede vom demografischen Wandel gleich mit hinzu. Eine Vorhersage über Bevölkerungszahlen in 50 Jahren sei unseriös. Kapitalbasierte Versicherungen seien zudem teuer und unsicherer als solidarische Umlagefinanzierungen. So beträgt der Verwaltungsaufwand in der gesetzlichen Rentenversicherung 1,6 Prozent der Gesamtausgaben, bei den staatlich subventionierten privaten Versicherungen, etwa bei der Riesterrente, liege er bei durchschnittlich 10 Prozent.

Müller machte eine ganze Kaskade von „Kampagnen gegen den Sozialstaat“ aus. Von der „Tendenzwende“ der 70er Jahre bis zur Behauptung, die Globalisierung erfordere niedrigere Löhne in Deutschland oder den Debatten über den Missbrauch von Sozialleistungen, der auch in den Augen der Bundesagentur für Arbeit nur in relativ geringem Ausmaß existiert. Gepaart mit Steuersenkungen für große Vermögen und Einkommen, sowie umfassender Deregulierung und Privatisierung sei diese Meinungsmache gegen das Gemeinwohl der Grund für die Verschiebung des gesell-



Die Ausgaben für Soziales sind im vereinten Deutschland kräftig gewachsen. Gab Deutschland im Jahr 1991 rund 424 Milliarden Euro für Soziales aus, so waren es im vergangenen Jahr 754 Milliarden Euro. Bezieht man die Ausgaben auf die Wirtschaftsleistung Deutschlands – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) –, so erscheint das Ausgabenwachstum nicht mehr so dramatisch; waren es 1991 27,6 Prozent des BIP, so liegt der Wert für 2009 bei 31,9 Prozent.

Rechte: picture-alliance/ dpa-infografik Urheber: dpa-infografik

schafflichen Reichtums zu Ungunsten der Arbeitseinkommen. So fiel der Anteil der Arbeitseinkommen am Bruttoinlandsprodukt von rund 71 Prozent Anfang der 70er Jahre auf rund 62 Prozent in 2007.



Albrecht Müller: „Kampagnen gegen den Sozialstaat“

Prekarisierung in der Mitte der Gesellschaft

Als „deutsche Ideologie“ bezeichnete der Soziologe Klaus Kraemer die Ablehnung des Klassenbegriffs und die Behauptung einer weitgehenden Individualisierung. Jenseits seiner Verwendung als politischer Kampfbegriff habe gerade der an Max Weber orientierte Begriff der sozialen Klasse in der Analyse der sozialen Struktur seine Bedeutung. Dazu gehöre dann neben der „objektiven“ ökonomischen Lage auch die persönliche Wahrnehmung der Stellung in der Gesellschaft.

Von daher stellte Kraemer das neue und zunehmend verbreitete Phänomen der Prekarisierung dar. Ablesbar ist diese etwa am Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse. Machten diese 1968 noch über 75 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse aus, so waren es 2009 nur mehr knapp 60 Prozent. Neue Arbeitsplätze entstehen vorwiegend in Form atypischer Beschäftigung, das heißt befristet, in Teilzeit oder als Zeitarbeiter. Die Drogerieketten-Schlecker beschäftigt etwa 90% ihrer Arbeitnehmer atypisch, aber auch für akademisch Ausgebildete ist das unsichere Arbeitsverhältnis heute die Regel. Allgemein gelte: Die Wahr-

scheinlichkeit unsicherer Arbeit steigt an, je jünger die Beschäftigten sind. Merkmale atypischer Beschäftigung, etwa Niedriglöhne, weiten sich zunehmend auch in den Bereich der Normalarbeitsverhältnisse aus. Dabei ist nicht jede atypische Beschäftigung auch prekär. Es gibt auch hoch bezahlte atypisch Beschäftigte etwa im Bankensektor. Wo diese Voraussetzung jedoch nicht gegeben sei, da lasse sich beobachten, dass die Unsicherheit des Arbeitsverhältnisses die Lebensplanung blockiert. In diesem Zusammenhang stellte Kraemer bei empirischen Untersuchungen in der bayeri-



Klaus Kraemer: „Verwüstung des politischen Bewusstseins“

Fotos: Korte

schen Autoindustrie eine regelrechte „Verwüstung des politischen Bewusstseins“ fest. Zynismus und Desillusionierung bestimmten die Weltsicht etwa bei Leiharbeitern, die bei geringerer Entlohnung die gleiche Arbeit leisten wie ihre festangestellten Kollegen, dabei aber beispielsweise keine Möglichkeit zur Weiterbildung haben. Umgekehrt löse das Schicksal dieser prekär Beschäftigten Zukunftsängste auch bei den Normalarbeitnehmern aus. So erreicht die Prekarisierung auch die Mitte der Gesellschaft.

Faire Forderung oder Neid?

Die Kritik an ungleicher Verteilung und vor allem an der zunehmend weiter auseinanderklaffenden Schere von Arm und Reich in Deutschland wird ebenso wie die Kritik an exorbitanten Managergehältern immer wieder als

Neid-Debatte abgetan. Dann müsse man schließlich auch gar nicht mehr klären, ob die Verteilung als fair bezeichnet werden kann.

Der Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann sprach hierauf bezogen von einer „Dschungeltheorie“ des Einkommens. Sie geht davon aus, dass Einkommenserzielung nur eine Frage von Leistungswille und -fähigkeit ist. Wer fähiger ist, erlangt mehr, wer weniger stark ist, der erlangt eben weniger Einkommen. Mit diesem Einkommen kehre man dann aus dem Dschungel in die Gesellschaft zurück, wo es einem auf einmal durch Steuern geraubt werde. Diese irrealen Einkommens-theorie, jüngst von Peter Sloterdijk prominent vertreten, lasse aber die Arbeitsteilung, die Grundlage modernen Wirtschaftens, außer acht. Außerhalb der Gesellschaft gibt es kein Einkommen, das immer Teil des Sozialprodukts ist. Daher geht es bei der Verteilung um eine Frage der Fairness. Thielemann beklagte, dass diese Frage zuletzt nicht mehr gestellt wurde. Dafür nahm er insbesondere die Politik in Verantwortung, die sich um die Thematisierung von Fragen der Fairness drücke.

Zuvor schon sagte die Soziologin und Volkswirtschaftlerin Inga Fuchs-Goldschmidt: „Weil die Systemlogik des Marktes nicht sozial ist, deswegen produziert er natürlicherweise soziale Problemfälle.“ Da der Staat aber aufgefordert ist, alle als gleiche Subjekte anzuerkennen, müsse er die defizitäre Inklusionsfähigkeit des Marktes ausgleichen.

In der anschließenden Diskussion meinte der frühere CSU-Vorsitzende und ehemalige bayrische Wirtschafts- und Finanzminister Erwin Huber hingegen, dass sich nicht festlegen lasse, was gerecht sei. Also dürfe das auch nicht der Staat übernehmen, ja man könne diese Frage nicht einmal thematisieren. Die aus dem Wirtschaftsprozess sich ergebende Verteilung werde schließlich auch schon durch ein progressives Steuersystem geordnet. Wichtiger und erfolgversprechender sei jedoch die gesellschaftliche Selbstregulation. Gesetzliche Mindestlöhne etwa seien da ein falscher Weg.

■ Michael Spieker

Arbeitsmarktpolitik und Sozialreformen in Zeiten des Umbruchs

Die Weltwirtschaft durchlebte seit dem Herbst 2008 die tiefgreifendste Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg. Deutschland wurde als Exportnation besonders hart getroffen. Außenhandel und Produktion gingen dramatisch zurück, die Beschäftigungslage blieb jedoch vergleichsweise stabil. Seit dem Frühjahr 2009 stabilisierte sich die Wirtschaftslage weltweit. Die Bundesrepublik wurde im vergangenen Jahr mit einem voraussichtlichen Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent sogar zur Konjunkturlokomotive in der Europäischen Union. Die Arbeitslosigkeit ging deutlich zurück. Was sind die Gründe hierfür, welchen Wandel hat der deutsche Arbeitsmarkt vollzogen und vor welchen Herausforderungen steht die Arbeitsmarktpolitik? Dies waren die zentralen Fragen einer Kooperationstagung der Akademie mit dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB).

Die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre sind für Ulrich Walwei, den stellvertretenden Direktor des IAB, eine wesentliche Ursache für das deutsche Jobwunder. Sie hätten vor der Krise die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes verbessert, indem man temporäre Beschäftigung (unter anderem Leiharbeit) und Mini-Jobs erleichtert habe. Eine kürzere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes sowie die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz-Reformen) hätten die Arbeitsanreize gestärkt. Auch kämen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt durch bessere Vermittlungs- und Serviceleistungen schneller zueinander.

Weniger Arbeitslose

Obwohl die durchgeführten Reformen in der Öffentlichkeit vielfach als sozial ungerecht empfunden werden, hätten sie vor der Krise zu einer markanten Beschäftigungszunahme und damit auch zu positiven sozialen Effekten beigetragen. So sei die Arbeitslosenquote von 2006 bis 2008 von 10,8 auf 7,8 Prozent zurückgegangen. Zwar sei

sie 2009 wieder krisenbedingt auf 8,2 Prozent gestiegen, doch hätten sich die weitaus düsteren Szenarien glücklicherweise nicht bewahrheitet. Wäh-



Ulrich Walwei: Arbeitsmarktreformen mindern die Krise

Foto: Menzel

rend die Stammebelegschaften von Entlassungen weitgehend verschont geblieben seien, habe die wachsende Zahl der Leiharbeiter die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt voll zu spüren be-

kommen. Neben den Konjunkturprogrammen und Arbeitsmarktreformen, so Walwei, erkläre sich die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auch durch eine hohe betriebsinterne Flexibilität. Die Verlängerung der Kurzarbeiterregelungen habe zusätzlich unterstützend gewirkt. Die Unternehmen hätten ihre Beschäftigten gehalten, um im Aufschwung über qualifiziertes Personal zu verfügen.

An Reformen festhalten

Der jetzige konjunkturelle Aufschwung bestätige diese Strategie. Für 2011 sei deshalb mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7,7 Prozent (etwa 3,2 Millionen Personen) zu rechnen. Die Arbeitsmarktpolitik der nächsten Jahre müsse den Strukturwandel der Wirtschaft aktiv unterstützen, Schwervermittelbare stärker fördern, an den Arbeitsmarktreformen festhalten und die Konsequenzen des demographischen Wandels bewältigen. Eine zentrale Aufgabe sei es dabei, den höheren Anforderungen an die Qualifikationsprofile der Beschäftigten gerecht zu werden.

Martin Baethge, Direktor des Soziologischen Instituts der Universität Göttingen und Mitautor des Nationalen Bildungsberichtes, forderte deshalb verstärkte Anstrengungen im Bereich der Ausbildung und Weiterbildung. Ohnehin anstehende Ausbildungsreformen sollten die Bildungs- und Ausbildungsgänge durchlässiger gestalten, soziale Disparitäten vermindern und eine pflegliche Personalpolitik, unter anderem langfristige Berufsperspektiven sowie Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ermöglichen. Zudem müssten Arbeitsplätze lernfördernd gestaltet und realisiert

Eine Zusammenfassung der Abschlussdiskussion finden Sie auf unserer Webseite:
<http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=1535>



werden. Eine sorgsame Mobilitäts-politik müsse dafür sorgen, dass Deutschland für qualifizierte Fachkräf-te attraktiver werde.

Elisabeth Niejahr, Redakteurin der Wo-chenzeitung „Die Zeit“, vertrat die These, dass die deutsche Sozialpolitik durch schwer durchschaubare Wider-sprüche geprägt sei. Einerseits befän-den sich die Sozialausgaben auf einem unverändert hohen Niveau, denn 42 Prozent der Bevölkerung seien Emp-fänger von Sozialleistungen. Anderer-seits steige die Armut, die nicht nur materiell bestimmt werde. Das gesam-te Sozialsystem sei überreguliert mit der Folge von Fehlsteuerungen. Ent-gegen der landläufigen Meinung wür-de beispielsweise die Mittelschicht stärker unterstützt als die wirklich be-dürftigen Schichten. Weniger sei viel-fach mehr. Insbesondere die familien-politischen Leistungen müssten ge-bündelt und eine Grundsicherung für Kinder eingeführt werden.

Jochen Clasen von der Universität Edinburgh zeichnete den Wandel der westeuropäischen sozialen Siche-

rungssysteme der letzten Jahrzehnte nach. In den 1950er und 1960er Jahren sei die Arbeitslosenversicherung ein-geführt worden. Vielfach habe man zwis-chen passiven und aktiven arbeits-politischen Maßnahmen deutlich ge-trennt. Die 1970er und 1980er Jahre seien durch Massen- und Langzeitar-beitslosigkeit und sozialökonomische Veränderungen (höhere Frauenerwerbsquote) geprägt gewesen. In die-ser Zeit habe man versucht, die offizi-ellen Arbeitslosenzahlen durch statis-tische Neubewertungen zu schönen und sie durch Frühverrentung zu re-duzieren. Gleichzeitig sei die Zahl der Sozialhilfeempfänger deutlich gestie-gen. Einige Länder hätten auch die öf-fentliche Beschäftigung deutlich aus-gebaut.

Mitte der 1990er Jahre habe man die Arbeits- und Sozialpolitik stärker auf Flexibilitätsmaßnahmen und weniger auf Stabilisierung des sozialen Status Quo ausgerichtet. Die Arbeitslosen-versicherung sei dabei immer weniger an die vorhergehenden Lohneinkom-men gekoppelt worden, sondern habe sich immer mehr den Sozialhilfeniveaus

angepasst. Frühverrentungsprogram-me seien deutlich reduziert oder abge-schafft und die Arbeitsfähigkeit stren-ger überprüft worden. Gleichzeitig sei-en Steuerpolitik und Sozialleistungen stärker aufeinander abgestimmt wor-den. Groß geschrieben habe man Akti-vierungsmaßnahmen (Stichworte: for-dern und fördern); ein Trend, der bis heute anhalte.

Michael Knogler vom Osteuropa-Ins-titut Regensburg zeigte auf, dass die Arbeitslosigkeit in den neuen EU-Mit-gliedsländern von 2000 bis 2008 deut-lich gesunken ist. Auch in dieser Regi-on würden die Sozialsysteme durch den demographischen Wandel stark belastet. Zu Beginn der Transformati-on hätten alle EU-10-Länder eine Ar-beitslosenversicherung eingeführt, die nunmehr seit einigen Jahren hinsicht-lich Anspruchsvoraussetzungen und Bezugsdauer verschärft würden. Zu-dem bestehe ein erheblicher Reformbe-darf bei den Rentensystemen. Letztlich seien die Probleme und ihre möglichen Lösungsansätze sehr ähnlich gelagert wie in vielen Ländern Westeuropas. ■

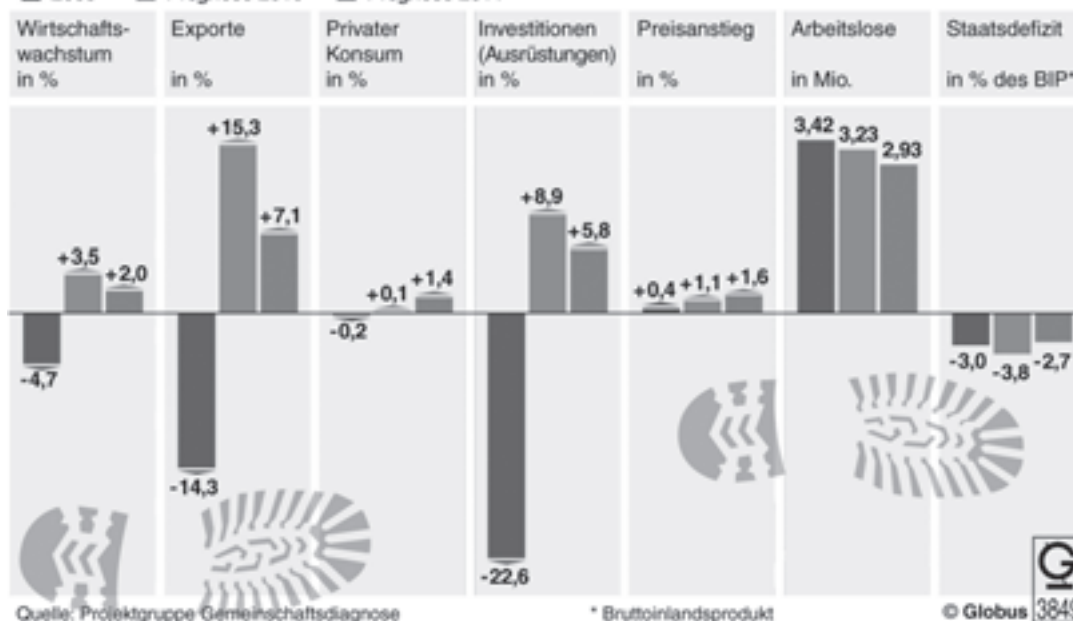
Wolfgang Quaisser

Konjunktur:

Mit großen Schritten aus der Krise

Aus dem Herbstgutachten 2010 führender Wirtschaftsforschungsinstitute

■ 2009 ■ Prognose 2010 ■ Prognose 2011



„Nicht ignorieren, sondern hinschauen und aufstehen!“

Strukturen des Rechtsextremismus in Bayern

Den harten Kern der Rechtsextremisten kann man von außen nicht erreichen, um ihnen Brüche in ihrem hermetisch geschlossenen Weltbild vor Augen zu halten. Man muss sie aus der Gesellschaft ausgrenzen. Die Brüche müssen von innen kommen, zum Beispiel durch einschneidende Schlüsselerlebnisse. Es geht vielmehr um die Sympathisanten und die scheinbar neutralen, interessierten Zuhörer: Sie muss man erreichen und über die menschenverachtende Ideologie des Rechtsextremismus aufklären. In dieser Bewertung waren sich alle Referentinnen und Referenten einer Kooperationstagung mit der Petra-Kelly-Stiftung zum Thema „Herausforderung Rechtsextremismus. Strukturen – Strategien – Gegenmaßnahmen“ einig.

Manuel Bauer hatte sein Schlüsselerlebnis im Gefängnis, als ihm zwei türkisch-stämmige Mithäftlinge in einer Schlägerei mit seinen ehemaligen „Kameraden“ beistanden. Dieser Vorfall brachte bei ihm ein Weltbild ins Wanken, dem er über zwölf Jahre lang fanatisch verpflichtet war. Und dies nicht nur als Mitläufer, sondern als Karrierist: Mit 16 war er „Junggruppenführer“ in der „Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)“, mit 18 Kameradschaftsführer, mit 19 hat er im sächsischen Torgau den Bund „Arische Kämpfer“ gegründet, eine Art paramilitärische Organisation.

„Man konnte aufsteigen, wurde gelobt, konnte Macht über andere ausüben, das hat mich fasziniert“, so Bauer. Mit seiner Truppe zündete er eine Dönerbude an, verprügelte 14 Menschen bei einer türkischen Hochzeitsfeier und erpresste einen Geschäftsmann, wofür er ins Gefängnis ging.

Sein Weltbild wurde beherrscht vom extrem übersteigerten Nationalismus. Er war so sehr verblendet, dass er einem Kameraden, der Spaghetti gegessen hatte, mit der Faust ins Gesicht schlug. Selbst das Essen musste deutsch sein. In seinen Augen wurde das deutsche Volk unterdrückt: „Neh-

men Sie das Grundgesetz“, sagte Bauer. „Meinungsfreiheit, die Würde des Menschen ist unantastbar. Aber sobald ein Neonazi seine Meinung vertrat, war der Deutsche antastbar.“ An-



Manuel Bauer stieg aus der Neonazi-Szene aus Fotos: Haas

gereichert mit so mancher Verschwörungstheorie („Der Holocaust ist eine Erfindung der Alliierten“), ergab dies ein Weltbild, das vermeintlich keine inneren Brüche aufwies. Erst die Schlägerei im Gefängnis und anschließend der kontinuierliche Kontakt mit Mitarbeitern der deutschlandweiten Aussteigerinitiative EXIT bewirkten einen langsamen Gesinnungswandel. Heute

ist Manuel Bauer für EXIT aktiv, er erzählt Schulklassen seine Geschichte, diskutiert mit Lehrern.

Drangsalierungen

Seit 20 Jahren beschäftigt sich Annette Ramelsberger, die Leiterin der Bayernredaktion der Süddeutschen Zeitung, mit dem Thema Rechtsextremismus. Dass Bayern hier keine Insel der



Annette Ramelsberger fordert kontinuierliche Berichterstattung über Rechtsextremismus

Seligen darstellt, sondern ebenso betroffen ist wie der Rest der Republik, zeigte sie anhand einiger Beispiele: Gräfenberg mit über 50 „Heldengedenkmärschen“, die Familie Brenner in Fürth, die von der rechten Szene für ihren Einsatz gegen die Gräfenberger Aufmärsche drangsaliert wird, waren darunter.

Die Kommunalpolitiker, so Ramelsberger, müssten oft erst einmal anerkennen, dass sie in ihrer Gemeinde ein Problem haben. Diese Einsicht kommt aber allzu häufig erst dann, wenn die Neonazis vom Nationalen Widerstand in den Versammlungen auftauchen und rechtsextremistische Bands in den Jugendzentren auftreten. Und dann



helfe nur noch das Zusammenrücken der demokratisch Gesinnten und ein einheitliches Auftreten gegenüber den Rechten – ein Ziel, das nur zu oft durch Ressentiments zwischen den verschiedenen Gruppen erschwert werde.

Dass es auch auf die Verwaltungen ankomme, darauf machte Ramelsberger ebenso aufmerksam: So wurden in Passau jahrelang durch immer wiederkehrende Prozesse gegen die NPD und DVU deren Parteitage in der Nibelungenhalle zwar nicht verhindert, aber immerhin erschwert und dadurch immer wieder deutliche Zeichen gesetzt. „Dies ist auf jeden Fall viel besser als nichts zu tun und die Nichtbeachtungsstrategie zu fahren“, so die SZ-Journalistin. Man müsse darüber berichten, und zwar kontinuierlich und nicht nur, wenn etwas Spektakuläres passiert sei.

Nationale Gegenkultur

Viel zu oft wird die Strategie der „national befreiten Zonen“ in den Medien auf die Gewalt reduziert, was im Begriff „No-Go-Areas“ deutlich wird. Dies ist jedoch nur ein Aspekt einer nachhaltig angelegten Strategie, die letztlich darauf abzielt, „eine eigene sanktionsfähige Gegenmacht zum Staat“ in ausgesuchten Gebieten zu etablieren.

Anhand verschiedener Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern veranschaulichte die Journalistin und Rechtsextremismus-Expertin Andrea Röpke die Vorgehensweise der Neonazis: Etablierung eigener Wirtschaftskreisläufe, Selbstverwaltung und damit Aufbau einer nationalsozialistischen Gemeinschaft. „Dabei“, so Röpke, „übernehmen Rechtsextremisten die Räume, aus denen sich die Zivilgesellschaft zurückzieht.“ Zuerst werden Häuser gekauft oder manchmal auch durch Erbschaften erworben, die dann von „national Gesinnten“ übernommen werden. Dann folgt die schrittweise Infiltration des vorpolitischen Raumes durch die „nationale Graswurzelarbeit“: Übernahme von Elternbeiratsposten, rein in die Sportvereine, in die Freiwilligen Feuerwehren. Auch Hartz-IV-Beratung und Schülernachhilfe

fallen hierunter. Parallel wird eine „nationale Gegenkultur“ angeboten: germanisches Brauchtum und „Volksgemeinschaft“.

Diese auf Privatgelände stattfindenden und damit der Öffentlichkeit weitgehend verborgen bleibenden Aktivitäten stuft Röpke inzwischen als „viel wichtiger ein als Demonstrationen und

ter Linie damit zusammen, dass Frauen in der rechtsextremistischen Szene inzwischen selbst stärker verankert sind.

Frauen, so Lang, können „politische Parolen unterschwelliger in bestimmte Diskussionen einfließen lassen“, da sie von Gesprächspartnern grundsätzlich als weniger radikal wahrgenommen werden. Während die klassi-



Demonstrationen wie hier in München sind längst nicht mehr das wichtigste Propagandainstrument der Neonazis

Gedenkmärsche“. Ein weiterer Unterschied zur Situation zum Beispiel vor zehn Jahren ist die Tatsache, dass heutzutage die Politisierung der Kinder rechtsextremistischer Eltern sehr viel früher einsetzt. Auch medial versuchen die Rechtsextremisten neue Möglichkeiten zu nutzen. Zum einen, indem sie immer intensiver das Internet als Kommunikations-, Info- und Werbeplattform nutzen, zum anderen, indem sie zum Beispiel durch kostenlose Regionalboten die vom Rückzug der Tageszeitungen betroffene Leserschaft bedienen (*siehe auch Bericht Seite 26*).

Kaum Kämpferinnen

Juliane Lang, die über die Rolle der Frauen im Rechtsextremismus sprach, wies darauf hin, dass im Gegensatz zu früher die Familiengründung nicht mehr so oft den Ausstieg der Männer aus der Szene bedeute. Dies hänge in ers-

sche rechtsextremistische „Kämpferin“ so gut wie nicht vorkomme, sind Frauen vor allem im organisatorischen Bereich engagiert. Sie bringen sich in den vorpolitischen Raum ein, organisieren Demonstrationen, betreiben Läden und Versandbetriebe, Cafés oder schreiben für die „Junge Freiheit“.

„Die Präsenz von Frauen feminisiert nicht die rechtsextremistische Szene, sondern stabilisiert sie, nach innen wie nach außen“, resümierte Juliane Lang, und fuhr fort: „Auch wenn es Tendenzen gibt, die an eine Aufweichung bestehender Rollenbilder denken lassen: Die Ungleichheit der Geschlechter, Sexismus und Chauvinismus bleiben ein integraler Bestandteil der rechtsextremen Ordnung.“

Auch bei der Vorstellung verschiedener Initiativen gegen Rechtsextremismus wurde deutlich, dass in Bayern die Bewusstseinsbildung vor allem im

kommunalpolitischen Bereich ein andauernder Ansatzpunkt für die Aufklärungsarbeit ist.



Andrea Röpke: „Schrittweise Infiltration des vorpolitischen Raumes“

Nicola Hieke, die Landeskoordinatorin der „Koordinationsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus“, brachte dies so auf den Punkt: „Es ist nicht von der kommunalen Ebene abhängig, ob sich eine Szene bildet, aber wohl ist es von der Kommunalpolitik und den zivilgesellschaftlichen Strukturen anhängig, ob sich eine solche Szene etabliert.“ Die Koordinationsstelle, die im Auf-

trag des Bayerischen Jugendrings eingerichtet wurde, arbeitet unter anderem an einem landesweiten Beratungsnetzwerk zur Vernetzung lokaler Initiativen, vermittelt Mobile Interventionsteams und bietet Informationsmaterialien an.

Ein spezieller Arbeitsbereich besteht in der von Michael Uhlig vorgestellten Opferberatung „B.U.D. Beratung, Unterstützung, Dokumentation“, durch das Opfern, aber auch Zeugen rechtsextremer Gewalt Beratung und Begleitung angeboten werden.

Das Ziel, alle verfügbaren Informationen über rechtsextremistische Umtriebe zusammen zu tragen, war Ausgangspunkt für die Gründung von „A.I.D.A. Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.“ vor 20 Jahren. Inzwischen haben sich die Mitarbeiter von A.I.D.A. zu Kennern der Szene entwickelt, wie man sie bayernweit wohl kaum anderswo findet. Unter nicht ungefährlichem persönlichem Einsatz recherchieren sie bei rechtsextremistischen Veranstaltungen vor Ort

und stellen die Ergebnisse Multiplikatoren wie Journalisten zur Verfügung. Der Verein sieht – wie Robert Andreasch betonte – seine Aufgabe darin, über rechtsextreme Aktivitäten, Organisationen und Personen zu informieren und dadurch Aktivitäten vor Ort zu unterstützen. A.I.D.A. organisiert jedoch keinen politischen Widerstand gegen Rechtsextreme.

Über ihr Projekt „Tacheles“ berichtete die Nürnberger Sozialwissenschaftlerin Birgit Mair. Die einzelnen Module, die zum Beispiel für Lehrerfortbildungen vor Ort kostenfrei sind, umfassen unter anderem Workshops zu Themen wie „Anwerbeversuche von Jugendlichen durch Neonazis“ oder „Rassistische und neonazistische Musik“. Aber auch Zeitzeugengespräche für Schulklassen oder Ausstellungen werden über das Programm, das durch den Europäischen Sozialfonds und das Bundesprogramm „Xenos. Integration und Vielfalt“ gefördert wird, angeboten. ■

Manfred Schwarzmeier

(Siehe Presseschau Seite 42)

Linktipps:

a.i.d.a. Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.: www.aida-archiv.de

B.U.D. Beratung, Unterstützung, Dokumentation: www.bud-bayern.de

Bayerisches Bündnis für Toleranz: www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de

Bayern gegen Rechtsextremismus: www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de

Jugend und Recht

Schülerinnen und Schüler werden häufig mit komplizierten Rechtsfragen konfrontiert. Die Veranstaltungsreihe „Jugend und Recht“ – eine Kooperation mit der Dillinger Akademie für Lehrerfortbildung – vertieft Rechtsgebiete mit besonderer Bedeutung für den Rechtskundeunterricht – und für den Werdegang von Jugendlichen.

Versierte Praktiker referierten vor Lehrkräften des Fachs Rechtskunde über verschiedene Rechtsgebiete mit besonderer Bedeutung für Jugendliche. Sie ermöglichten dabei Einblicke in typische Fälle. Rechtsanwältin Birgit Rührmair sprach über Jugendschutzbestimmungen im Arbeitsrecht. Amts-

richterin Karin Beuting aus Weilheim referierte über die Stellung von Eltern und Kindern im Familienrecht. Der Jugendmedienschutz stand im Mittelpunkt beim Vortrag des Münchener Rechtsanwalts Marc Liesching. Hanna Permien vom Deutschen Jugendinstitut gab einen Überblick über das

System der Kinder- und Jugendhilfe. Eine für Jugendliche besonders sensible Materie wurde mehrfach vertieft. Wichtige Teile des Jugendstrafrechts stellten – aus anwaltlicher und richterlicher Sicht – der Passauer Rechtsprofessor und Strafverteidiger Bernhard Haffke sowie die Jugendrichterin Judith Engel vom Amtsgericht München dar.

Ein Besuch bei der Gefährdetenhilfe der Katholischen Jugendfürsorge rundete das Programm ab. Mitarbeiter gaben dort Einblicke in ihre Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden. ■

Gero Kellermann

Mammutaufgaben für die Gemeinden

Schul- und Seniorenpolitik im Mittelpunkt des Kommunalpolitischen Forums

Es ging um die Zukunft der Städte und Gemeinden: 50 Bürgermeister, Abgeordnete und Kommunalpolitiker trafen sich, um über Bildungs- und Seniorenpolitik zu diskutieren.

Zur Diskussion über den Einfluss der Kommunen auf die Gestaltung der Schulpolitik kam auf dem Podium eine kompetente Runde zusammen: Unter der Leitung von Reiner Knäusl vom

„Wir müssen die Übergänge gestalten: vom Kindergarten in die Grundschule, von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, von dort in den Beruf oder an die Universität. Wir richten die Ganztagschulen ein, wir organisieren die Jugendhilfe. Wo bleibt also die Mitsprache auf höherer Ebene?“, wollte Christine Strobl, Schulausschuss-Vorsitzende im Städtetag, wissen.



Die Bürgermeisterinnen Christine Strobl (München, links) und Liane Sedlmeier (Osterhofen) wollen nicht nur zahlen, sondern bei der Bildung auch bestimmen
Fotos: Haas

Bayerischen Städtetag debattierten Kultusminister Ludwig Spaenle, Münchens 2. Bürgermeisterin Christine Strobl, Liane Sedlmeier (Bürgermeisterin von Osterhofen) und Gerd Lohwasser (Schul- und Sportreferent sowie 2. Bürgermeister von Erlangen).

Schnell entwickelte sich eine intensive Diskussion über Kompetenzen von Bund, Land und Gemeinden, über Gesetzeslagen und Finanzierung, über die Rolle von Pädagogen und Sozialarbeit. Die Gemeinden beschäftigt vor allem eine Frage: Wie weit reichen ihre Kompetenzen? Schließlich bürde man ihnen die Hauptlast auf – sowohl finanziell als auch organisatorisch – wenn es um die Bildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen geht.

Liane Sedlmeier aus dem niederbayerischen Osterhofen sorgte sich um die Situation der kleinen Grundschulen auf dem Land; nicht minder besorgt äußerte sich Gerd Lohwasser um die Finanzierung von (Ganztages-)Schulen, Horten und Pausenbetreuung – vor dem Hintergrund, dass die Kommunen freiwillige Leistungen in diesem Bereich – so weit es geht – zurückfahren sollen.

„Bildungspolitik nicht neu erfinden“

Kultusminister Ludwig Spaenle hat diese Fragen schon oft gehört und gab seine Antworten in einem regelrechten Staccato. Kommunikation ist alles, so seine Kernaussage. Da Veränderungen im Schulsystem nur von Parlament und Regierung beschlossen werden können, will er in ständigem Dialog und mit ständiger Evaluation das Beste für das System Schule herausholen. Einzelne Modellprojekte der Kommunen hält er durchaus für sinnvoll, sie dürf-

ten aber nicht überhand nehmen. „Wir müssen die Bildungspolitik nicht neu erfinden“, sagte Spaenle.

Was die Finanzierung der Bildung angeht, so war dem Kultusminister diese Aussage zu entlocken: „Ich hoffe, dass ich in Zeiten von Sparhaushalten weiterhin so viel Geld zur Verfügung stellen kann.“ In diesem Zusammenhang sieht er auch die Bundesregierung in der Pflicht: Wenn der Bund seine Kompetenzen in der Bildungspolitik voll ausschöpfen wolle, müsse



Kultusminister Ludwig Spaenle will Grundschultourismus auf dem Land vermeiden

er dies auch selbst finanzieren. So kommt noch ein Spieler mehr in das Gerangel um Kompetenzen und die Finanzierung der Bildung.

Für die Grundschulen in ländlichen Regionen sprach Spaenle zwar keine Bestandsgarantie aus, machte aber deutlich: „Die Schule muss im Dorf bleiben, so lange es geht. Grundschultourismus auf dem Land möchte ich vermeiden.“ Durch jahrgangskombinierte Schulklassen und die Erlaubnis, die Mindestgröße von zwölf Schülern auch mal unterschreiten zu dürfen, habe man viele Standorte sichern – und nebenbei Lehrer anderswo einsetzen – können.



Nicht nur Lehrer, sondern auch Mentoren übernehmen die Verantwortung für die umfassende Bildung im Stipendienprogramm der Roland-Berger-Stiftung. Vorstandsmitglied Regina Pötke



Stellte Stipendien für Hochbegabte aus benachteiligten Familien vor: Regina Pötke

stellte den anwesenden Kommunalpolitikern ein Programm vor, mit dem derzeit rund 350 Schüler gefördert werden. Sie sind hochbegabt, kommen aber aus sozial benachteiligten Familien: Zwei Drittel der Eltern beziehen

Hartz IV, sind arbeitslos oder alleinerziehend. „Den Kindern fehlt der sozio-kulturelle Rucksack“, erklärte Pötke.

Mit Mentoren zum Erfolg

Dieser Rucksack werde gefüllt – sei es bei regelmäßigen Seminaren, zum Beispiel zum Thema Etikette, oder eben im Umgang mit den jeweiligen Mentoren. Die Kommunen könnten in diesem Modell vielfältig tätig werden: durch die Vermittlung interessierter Mentoren, förderungswürdiger Schüler oder einfach durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Seminare.

Der zweite Tag des Kommunalpolitischen Forums beschäftigte sich mit Politik für ältere Menschen. Josef Deimer gehört dabei eindeutig zu den „aktiven Alten“. 35 Jahre war er Oberbürgermeister von Landshut, heute ist er Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetages. Keinen Besseren hätte es geben können, um einleitend über das „Älterwerden in der Stadt“ zu referieren. Deimer betonte den Wert der Alten für den Beruf, die Kultur und das bürgerschaft-

liche Engagement – gerade in Zeiten „in denen uns die jungen Leute ausgehen“. Doch ist man im Alter nicht nur auf das Geben, sondern auch auf das Nehmen angewiesen. Er erinnerte



Josef Deimer forderte Seniorenpolitik mit „Heimat, Vertrauen und Nähe“ als Leitprinzipien

an das Wort Ludwig Spaenles vom Vortag: „Keiner darf uns im Bildungssystem verloren gehen.“ Das gelte nicht zuletzt für die Senioren. Auch die Stadtplanung müsse sich auf deren Bedürfnisse einstellen – mit „Heimat, Vertrauen und Nähe“ als Leitprinzipien. ■

Sebastian Haas



Deutschlands Schüler sind wieder motiviert

Zeichnung: Tomicek



Wie wahres Wissen entstehen kann

Julian Nida-Rümelin zur Umsetzung des humanistischen Bildungsideals

Auch die Philosophie kam nicht zu kurz beim Kommunalpolitischen Forum. Julian Nida-Rümelin hielt eine Lobrede auf das humanistische Bildungsideal. Umsetzen möchte er es auch. Der heutigen Bildungspolitik bescheinigte der frühere Kulturstatsminister zwar „eine hektische Betriebsamkeit. Was aber fehlt, ist die klare kulturelle Leitidee.“

Der Münchner Philosophieprofessor Nida-Rümelin spannte den Bogen über 2500 Jahre Bildungsgeschichte bis in die heutige Zeit. Zwei Arten der Bildung streiten nach seiner Sicht seit der Antike: die humanistische und die technokratische. Heute überwiege das technokratische Element. Wissen, das auf überzeugenden Argumenten aufbaue, werde durch ein Überangebot an Informationen entwertet – der Begriff von der „Wissensgesellschaft“ sei demnach völlig fehl am Platze. Vor diesem Hintergrund spiele sich die aktuelle „Propaganda“ ab, nach der die Universitäten sich auf die Befähigung zum Beruf konzentrieren müssten.

Ein alter Hut – meinte Nida-Rümelin. Bereits im Mittelalter sei das einzige Ziel der Universitäten gewesen, Juristen, Mediziner und Theologen im Sinne des Staates für ihre Berufe auszubilden. Erst der Philosoph Immanuel Kant habe die entscheidende Frage gestellt: „Darf mir mein Fürst vorschreiben, was ich zu denken habe?“ Kants Schüler Fichte und Humboldt schließlich begründeten ab 1810 die Reformuniversitäten. Ihr Credo lautete: Das universitäre Wissen wirkt im Leben und nach der Universität. „Weil man sich zur umfassenden humanistischen Bildung hin entwickelt hat, entstand eine Kaskade von neuen Disziplinen“ – so begründet Nida-Rümelin den Weg Deutschlands zur bedeutendsten europäischen Industriena­tion im 19. Jahrhundert.

Heute nun stehen wir vor dem größten Umbruch der Bildungseinrichtungen seit 200 Jahren. Und genau deshalb sollte man die Aktualität der „alten“ humanistischen Ideale beachten. „Umfassende Bildung ist die beste Ausbil-

dung“, sagte Nida-Rümelin. „Eine Ausbildung an den Universitäten hin zu bestimmten Berufen ist vollkommen überflüssig, weil sich die Berufsbilder ständig ändern.“



Julian Nida-Rümelin kritisierte die Hochschulreform Foto: Haas

Zunächst aber gehe es darum, die Bildung familienfreundlicher zu gestalten. Gerade in Städten wie München könne es sich keine Familie leisten, dass einer von zwei Erwachsenen aus dem Erwerbsleben ausscheide. Wenn, dann seien es die Frauen – und das sei eine gigantische volkswirtschaftliche Verschwendung. Was also ist die einzig vernünftige Lösung? Die Bildungsinstitutionen, von der Kinderkrippe bis hin zum Abitur, komplett auf Ganztagesbetrieb umstellen. Leuchtendes Vorbild ist Nida-Rümelins Meinung nach Frankreich: „Dort muss sich die Mutter dreier Kinder nicht rechtfertigen, wenn sie voll berufstätig ist; dort sind Tagesmütter und Ganztageseinrichtungen die Regel; und dennoch ist dort der Zusammenhalt in den Familien deutlich enger als bei uns.“ Der

volkswirtschaftliche Nebeneffekt des Ganzen für Deutschland: Sieben Millionen voll erwerbstätige Frauen und erhöhte Steuereinnahmen.

Doch auch für die Schulen ergeben sich nach Nida-Rümelins Ansicht drastische Folgen. Denn auch sie müssten sich am humanistischen Bildungsideal orientieren. Projektbezogener Unterricht, künstlerische Praxis, Kreativität, gründliches Nachdenken und Ausprobieren, Inklusion von sozial benachteiligten, behinderten oder ausländischen Kindern – in der Ganztageschule sei das besser möglich als im heutigen Halbtagesbetrieb. Dann sei auch wieder Zeit für Bewegung in der Schule: „Eine Stunde Sport am Morgen bringt erwiesenermaßen viel. Aber heute werden Sport und Musik drastisch aus dem Lehrplan der Schulen gekürzt, weil die Zeit fehlt.“

Wer nach der Schule in den Musik- und Sportverein geht, wer Nachbarn hat, die auch mal aufpassen können, wer in einer Kommune ohne Geldsorgen lebt – der kann heute womöglich schon so leben. Julian Nida-Rümelin arbeitet dafür, dass dies für alle möglich ist. „Wir haben den Spielraum, um solch klare Prioritäten im Bildungssystem zu setzen“, meint er. Sieben Milliarden Euro würde es beispielsweise kosten, Kindergartenplätze kostenlos für alle zur Verfügung zu stellen. Dafür müsste man lediglich die Steuer auf Flugbenzin auf das Niveau des Autotreibstoffs anheben oder ein wenig Geld vom Ausbau Ost oder aus dem aufgeblähten Rentensystem abzwacken.

Julian Nida-Rümelin ist Philosoph und Politiker. Unter Gerhard Schröder war er Kulturstatsminister und er kennt die Grenzen des Machbaren. „Meine Sicht liegt quer zu allen Parteigrenzen“, erklärte er seinen Zuhörern. Er möchte, dass die Bürger, die Kommunen und die Regierungen die humanistische Bildungstradition nicht vergessen, sie vielmehr diskutieren und womöglich umsetzen. ■

Sebastian Haas

Weniger Fälle – immer höhere Aufmerksamkeit

Bayerns Justizministerin Merk fordert härtere Strafen für Kindesmisshandlung

Gewalt gegen Kinder – gerade im letzten Jahr kam eine Lawine ins Rollen und extrem viele Fälle wurden bekannt. Es ging um Pädagogen und Erzieher, die ihre Stellung ausnutzten, um misshandelte und verwahrloste Kinder und um unfassbare Dunkelziffern beim sexuellen Missbrauch auch und gerade in kirchlichen Einrichtungen. Auf einer Tagung mit der Deutschen Polizeigewerkschaft diskutierten führende Experten das Thema Kindesmisshandlung.

Bayerns Justizministerin Beate Merk ist der Kinderschutz ein besonderes Anliegen. Einst hatte sie sich nicht gescheut, sich gegen die unionsinterne Mehrheitsmeinung – letztlich erfolglos – dafür einzusetzen, dass Kinderrechte in die Verfassung geschrieben werden. Nun sprach sie in der Akademie über Gesetzesprojekte gegen Kindesmisshandlung und sexuellen Missbrauch. Ihr Publikum waren dreißig Polizeibeamtinnen und -beamte, die in ihrem Berufsalltag mit entsprechenden Straftaten konfrontiert werden. Dazu kamen ebenso viele Schülerinnen und Schüler des Tutzingen Gymnasiums, die im Rechtskundeunterricht das Thema Strafrecht behandeln.

Schärfere Sanktionen

Merk stellte dezidierte Thesen zur Diskussion: Sie fordert schärfere Sanktionen für Täter durch längere Verjährungsfristen und die Höherstufung des Kindesmissbrauchs vom Vergehen zum Verbrechen – und damit mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe. Sie stellte Aspekte der Verbesserung des Opferschutzes im Strafverfahren vor, etwa durch die generelle Bereitstellung eines Anwalts auf Staatskosten. Sie plädierte für erweiterte Präventionsmaßnahmen, so eine Ausdehnung von Beschäftigungsverboten für Personen, die wegen sexuellen Missbrauchs rechtskräftig verurteilt worden sind, und sprach sich für verbesserte Therapiemöglichkeiten, auch für entlassene Sexualstraftäter, aus. Merk trat zudem dafür ein, Polizei und Staatsan-

waltschaft grundsätzlich bei jedem Verdacht einzuschalten.

Grundsätzlich sieht sie ein Problem darin, dass die Balance zwischen körperbezogenen Delikten und Vermögensdelikten im Strafgesetzbuch nicht opti-



Justizministerin Beate Merk fordert mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe für Kindesmissbrauch

mal hergestellt ist: „Wir müssen Leben und Unversehrtheit als das höchste Gut ansehen, was wir haben, und nicht den schnöden Mammon“, so die Justizministerin.

Wissenschaftlich, aber auch mit praktischer Aufklärungsarbeit über Kindesmissbrauch befasst ist Klaus Laubenthal, Ordinarius für Strafrecht an der Universität Würzburg und zugleich Beauftragter für Fälle sexuellen Missbrauchs und Gewalt des Bistums Würzburg. Er löste die Begriffsverwirrung

auf, die im Laufe der intensiven Berichterstattung aufgetreten ist:

Unter dem Oberbegriff Kindesmisshandlung wird nicht nur die direkte körperliche Misshandlung durch physische Gewalt verstanden, sondern auch die emotionale Misshandlung. Diese „am schwersten fassbare Form der Kindesmisshandlung“ äußert sich zum Beispiel im Ängstigen, Herabsetzen, Zurückweisen, Ignorieren, Korrumpieren und Terrorisieren von Kindern. Eine weitere Form des Kindesmissbrauchs ist die körperliche Vernachlässigung (wie Fehlen ausreichender Ernährung, Gesundheitsvorsorge und körperlicher Pflege) sowie die emotionale Vernachlässigung (unzureichende Erfüllung der Entwicklungsbedürfnisse des Kindes nach sozialer Bindung). Die letzte Untergruppe der Kindesmisshandlung ist der sexuelle Missbrauch.

Hohe Medienaufmerksamkeit

Laubenthal berichtete aus seiner Tätigkeit als Missbrauchsbeauftragter des Bistums Würzburg. Während vorher ein kircheninterner Beauftragter in acht Jahren nur acht gemeldete Fälle hatte, waren es nach seiner Bestellung als externer Beauftragter im Jahr 2010 und achtundvierzig Stunden nach Freischaltung einer Hotline gleich 50 Fälle.

Laubenthal betonte die hohen Sorgfaltspflichten bei der Behandlung dieser Fragen: „Es gibt keinen Vorwurf, durch den man das soziale Ansehen eines Mannes in der Gesellschaft stärker beschädigen oder gar vernichten kann als durch den Vorwurf des sexuellen Missbrauchs an Kindern“, so der Rechtsprofessor. Sorgfalt sei dabei auch gerade im Umgang mit den Medien geboten, die das Thema permanent und mit hoher Aufmerksamkeit verfolgen.



Die „Opferfolgen und Täterstrukturen“ beim sexuellen Kindesmissbrauch behandelte Norbert Nedopil, aus zahlreichen Gerichtsverfahren bekannter Psychiatrie-Gutachter aus München. „Wir bewegen uns in einem Bereich, in dem es sehr viel Spekulation gibt und wenig fundierte Klarheit“, erklärte Nedopil.

Weniger Fälle

Seit dem Jahr 2000 gingen nach der polizeilichen Kriminalstatistik die Zahl der Fälle des sexuellen Missbrauchs an Kindern von 16 000 auf 12 000 zurück. Lediglich ein ganz kleiner Teil dieser Taten wurde von Fremden durchgeführt. Ein Großteil wurde von Verwandten begangen oder bekannten Personen aus dem näheren Umfeld der Opfer.

Nedopil hob hervor, dass lediglich 20 Prozent der angezeigten Fälle des sexuellen Kindesmissbrauchs zu einer Verurteilung des Täters führten.



Die Palette der Kindesmisshandlung ist breit

„Wenn man einem Kind sagt, mache eine Anzeige, muss man gleichzeitig wissen: 80 Prozent der Anzeigen führen nicht zur Verurteilung. Da muss man schon überlegen, wie man damit umgeht“, so der Psychiater. Nedopil warb dafür, bei der Analyse von Tätern die Komplexität der Bedingungen zu beachten. Dazu gehöre etwa die genetische Belastung (Präferenz jugendlicher Geschlechtspartner, homo-

sexuelle Orientierung, dagegen nicht bei Pädophilie). Die Täter stammen in der Regel aus unvollständigen und nicht funktionierenden Familien. Zu-



Norbert Nedopil: „Nur 20 Prozent der Anzeigen führen zur Verurteilung“
Foto: privat

dem hätten Täter bei sexuellem Kindesmissbrauch im Durchschnitt eine niedrigere Intelligenz als andere Sexualstraftäter.

Aus der Praxis der Polizeiarbeit bei Gewaltdelikten gegen Kinder berichtete Ignaz Raab, Kriminalhauptkommissar für Sexualdelikte in München.

Raab stellte die besonders schwierige Situation von Kindern dar, die Opfer sexueller Straftaten geworden sind. Wegen der besonderen Belastung für die jungen Zeugen ist ein spezielles Vernehmungszimmer mit kindgerechter Einrichtung und Spielzeug gestaltet worden. Raab schilderte auch die Videovernehmung von Kindern.

Neben den rechtlichen Grundlagen zeigte er an Beispielen aus der Praxis den Aufbau und die besonderen Anforderungen an die Polizeibeamten, die solche Zeugenvernehmungen durchführen.

Polizeihauptkommissarin Cora Miguletz vom Polizeipräsidium Mittelfranken stellte wichtige Maßnahmen und Erziehungsmethoden zur Prävention von Kindesmissbrauch vor.

Miguletz sagte, dass vermeintliche Kleinigkeiten wichtige Präventionswirkung haben können. Dazu gehöre, Kindern beizubringen, Fremde zu siezen. In der Öffentlichkeit könnten so bei Belästigungen Passanten eher auf gefährliche Situationen aufmerksam werden. Auch sollten Kinder lernen, bei Missfällen laut und deutlich



Polizeihauptkommissarin Cora Miguletz: „Gefahren ansprechen ohne Panik zu machen“

„Nein, das will ich nicht“ zu sagen, selbst wenn es sich um die Umarmung einer Tante handelt. Miguletz betonte, dass man grundsätzlich Kinder auf Gefahren ansprechen sollte, dies jedoch, „ohne Panik zu machen“. ■

Gero Kellermann

Leserbrief:

Die Ausgabe 4/2010 des Akademie-Reports hatte ich mir für die Weihnachtszeit beiseite gelegt und stellte nun fest: Das hat sich gelohnt! Selten war die Lektüre so interessant wie bei diesem Heft! Gratulation!

Maria Mester-Grüner, Bonn

Zukunft der Zeitung – Zeitung der Zukunft

Wandel der Öffentlichkeit durch das Internet

Über 400 Jahre ist sie alt: die gedruckte Zeitung. Doch wie ihre Zukunft und die des Qualitätsjournalismus insgesamt im Internetzeitalter aussieht, können auch Experten nur erahnen. Eine Tagung in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing suchte gemeinsam mit Wissenschaftlern und Journalisten nach Antworten.

Die Krise der gedruckten Tageszeitungen ist unbestritten. Das sieht auch Christoph Neuberger, Kommunikationswissenschaftler an der Universität Münster so. Sinkende Auflagen und schwächere Reichweiten – besonders bei der jüngeren Generation – ließen die Gewinne der Verleger in den letzten Jahren deutlich schrumpfen. Ursachen sieht Neuberger in gesellschaftlichen Veränderungen: Die Menschen haben immer speziellere Interessen, sind mobiler. Aber auch Qualitätsmängel beim Journalismus und ein Glaubwürdigkeitsverlust der Tagespresse sind Gründe. Und schließlich die rasante Abwanderung der Leser ins Internet seit 2005. Inzwischen sind der Verkauf und die Anzeigen je zur Hälfte an den Einnahmen beteiligt. Früher war das Verhältnis ein Drittel zu zwei Drittel.

Dilemma der Verleger

Neuberger warf den Verlegern Risikoscheu und fehlende Innovationskraft vor: „Das Geschäftsmodell für das Internet fehlt.“ Dazu komme die fehlende Bereitschaft beim Publikum, für journalistische Leistung im Internet einen Preis zu bezahlen. Das Dilemma der Verleger: Das Printmedium verliert Leser und Anzeigen, und online wird nicht genug Geld verdient.

Neuberger sieht einen fundamentalen Wandel der Öffentlichkeit durch das Internet: Journalisten verlieren ihre Schleusenwärterfunktion im Nachrichtenstrom. „Das Internet erweitert den Zugang zur Öffentlichkeit.“ Man braucht keine teuren Druckmaschinen mehr, um seine Informationen und

Meinungen global zu verbreiten. Aber: „Journalisten werden weiterhin gebraucht. Sie müssen die Überfülle an Informationen sortieren, einordnen und gewichten. Sie müssen die Informationsflut vom Müll befreien“, sagte Neuberger. Ihre Aufgabe wird es zukünftig mehr und mehr sein, Ordnung



Christoph Neuberger: „Das Geschäftsmodell für das Internet fehlt“
Fotos: Haas

und Überblick herzustellen und die öffentlichen Diskurse zu moderieren. Aber auch ihre alte Aufgabe, Inhalte zu produzieren, bleibt wichtig. Denn: „Auch im Internet halten die alten Medien den Diskurs zusammen.“ Der Münsteraner Kommunikationswissenschaftler sieht denn auch im Internet eher eine Ergänzung als eine Ersetzung der alten durch die neueren Medien.

Aktuelle Daten aus der Forschung lieferte die Medienforscherin des Bayerischen Rundfunks, Birgit van Eimeren.

Sie zeigen, dass Zeitung, Fernsehen und mit Abstrichen auch das Radio weiterhin die Leitmedien bleiben werden. Denn auch bei den Teenagern haben Zeitungen ein gutes Image. Anspruchsvoll, objektiv, glaubwürdig, sachlich, kompetent, kritisch – das sind die Attribute, die mit den Printmedien verbunden werden.

Unter den 30 meistbesuchten Internetseiten Deutschlands befinden sich die Ableger von BILD, Spiegel, CHIP, kicker, SZ, FOCUS und Computer BILD. „Die Markentreue bindet die



Birgit van Eimeren: „Zeitung, Fernsehen und das Radio bleiben. Internet wird viertes Leitmedium“

Nutzer auch online“, stellt van Eimeren fest. Übrigens haben diese Online-Ableger deutlich weniger Leser als die jeweiligen Print-Erzeugnisse. Dass die Blogs die Zeitungen verdrängen können, glaubt die Medienforscherin auch nicht: Denn nur fünf Prozent aller Deutschen haben jemals einen Blog genutzt. Und wenn dort tatsächlich wichtige Themen entstehen, werden sie früher oder später auch im Print aufgegriffen.

242 Minuten Fernsehen täglich

Die Medien insgesamt werden immer länger genutzt: Bereits zehn Stunden



pro Tag sind es heute. Das Fernsehen hatte mit 242 Minuten täglich bislang den historisch höchsten Wert. Gleichzeitig gehen aber die Reichweiten der am häufigsten gesehenen Sendungen zurück. Die neue Mediennutzung ist nach van Eimeren „soverän, selektiver und portionierter“.

Vielfalt schwindet

Horst Röper vom Medienforschungsinstitut FORMATT in Dortmund ist davon überzeugt, dass die ökonomische Konzentration auf dem Zeitungsmarkt große Folgen für den Journalismus hat. Im deutschen Zeitungsmarkt



Horst Röper: „Eingriffe in den Markt zur Wiederbelebung der Vielfalt“

tue sich äußerlich seit Jahrzehnten fast nichts. Die jüngsten Gründungen sind die Financial Times Deutschland (2000) und die taz (1978). Seitdem bestimmen Sparprogramme und Fusionen das Bild.

Der Lokaljournalismus leidet. Viele Leser erhalten ihre Informationen häufig nur noch aus einer Quelle. Wo es mehr als eine Lokalzeitung gibt, erscheinen sie oft im gleichen Verlag – wie in Aachen, Bremen oder unter dem Dach der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. „So verlieren die Zeitungen ihren Status als lokale Leitmedien“, meint Horst Röper, „und niemand kann diese Lücke füllen. Vielleicht noch das Internet, doch Online-Journalisten wirtschaften auf einer äußerst fragilen Basis.“ Der Medienforscher nimmt die Politik in die Pflicht („Das Kartellrecht

allein reicht nicht“) und fordert „Eingriffe in den Markt zur Wiederbelebung der Vielfalt“. Ausdrücklich wendet er sich gegen das „Gießkannenprinzip“. Nur in berechtigten Fällen sollen neutrale Gremien kränkelnde Verlage subventionieren.

Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern zeigt, was passiert, wenn die Konzentration am Zeitungsmarkt auf die Spitze getrieben wird: Drei Monopolzeitungen teilen sich das Land, das ein Drittel der Fläche Bayerns hat und das am dünnsten besiedelte Land der Bundesrepublik ist. Lokalredaktionen werden ausgedünnt, die Politik- und Wirtschaftsteile bei den westdeutschen Mutterverlagen produziert.

Journalismus nichts mehr wert

Kann man unter diesen Bedingungen noch guten Lokaljournalismus machen? Kai Voigtländer vom Journalistenverband gab eine niederschmetternde



Kai Voigtländer: „Wir sind Content-Sklaven“

de Antwort: „Mein Beruf ist nichts mehr wert“ – das bekomme er von Kollegen jeden Tag zu hören. In Mecklenburg-Vorpommern ginge es schon längst nicht mehr um Qualität im Journalismus, sondern überhaupt noch eine Zeitung zu produzieren. Journalisten sind hier am Tag schon einmal 200 Kilometer unterwegs, Freischaffende erhalten einen durchschnittlichen Stundenlohn von 4,90 Euro. „Wir sind Content-Sklaven“, sagte Voigtländer, der auch Journalisten ausbildet.

Online-Redakteur Robert Haberer engagiert sich als Betriebsratsvorsitzender bei der „Ostseezeitung“ in Rostock. Er fordert den Ausbau der inneren Pressefreiheit, um so den Verlust der äußeren zu kompensieren: „Eine größere Vielfalt bleibt bei uns Illusion“, sagt der Gewerkschafter Haberer. Er beobachtet stattdessen, dass von rechtsextremen Parteien finanzierte Blätter in das Vakuum vorstoßen, das die Zeitungen hinterlassen: „Die Medienoffensive der NPD ist ungebrochen und die Braunen stecken da viel Geld hinein, das sie als Abgeordnete im Landtag verdienen.“

Rechtsradikale Parolen in der Zeitung gibt es bei ihm noch nicht, berichtete Marcel Falk, Bürgermeister des kleinen Dorfes Stolpe im Peenetal. Dafür gebe es noch eine „Kultur des Zeitungslesens“ – auch wenn die sich oft nur auf das Amtsblatt beschränke. Die Lokalberichterstattung in der Zeitung sei auch nicht so, wie man sich das vorstellte. Der ehrenamtliche Kommunalpolitiker sagt: „Den unterbesetzten Redaktionen bleibt keine Zeit für Recherche; es werden Freischaffende oder Praktikanten eingesetzt, die keine Ortskenntnis haben. Wenn dann ein Bericht erscheint, ist er oft sachlich falsch – und die Bevölkerung nimmt ihn trotzdem für bare Münze.“ Die Folge seien nicht nur fehlender Meinungsaustausch oder Verstimmungen, sondern auch klamme Kassen. Denn für eine kleine Gemeinde heißt es: „Gute Pressearbeit gleich schneller Förderbescheid.“

Heimatbewusstsein

In Niederbayern hingegen wird mit gedruckten Zeitungen noch gutes Geld verdient. Der Straubinger Verleger Martin Balle, der gerade ein modernes Druckzentrum eingeweiht hat und offensichtlich an die Zukunft der Printmedien glaubt, erlaubt sich deswegen auch einen kulturkritisch-bildungsbürgerlichen Blick auf die neuen elektronischen Medien: „Journalismus ist kein beliebiger Content.“ Lesen auf Papier ist für ihn eine „therapeutische Insel“ und er gibt damit den „FAZ-Schirmmacher“ auf niederbayerisch. Er



kritisiert wie sein großes Vorbild aus Frankfurt das „zeitlose Dahinsurfen“ und die „24-Stunden-Infokultur“ und fordert eine „Entschleunigung“ der Medienkultur. Und als Verleger einer Heimatzeitung braucht er das „gemeinsame Bewusstsein von Heimat: Virtuelle Räume können das nicht ersetzen“, sagte Balle.

„Angst und Druck“

Sein Gegenpart Wolfgang Stöckel vom Bayerischen Journalistenverband (BJV) hielt dagegen.

Für ihn steht fest: „Tageszeitungen schlampfen mit Qualität.“ Aber ohne Qualität gebe es keine Zukunft der Tageszeitungen, gerade im Regionalen. Er sieht „Angst und Druck“ in den Redaktionen. Leiharbeit und Dumpinglöhne setzten sich immer mehr durch. Zukunft aber sei nur durch Qualität zu sichern. Für ihn gibt es keine Alternative zwischen den alten „Holzmedien“ und den neuen ipads: „Holzmedien und ipads sind heute *und* morgen. Die Entwicklung läuft parallel. Wir müssen beides verbinden“, sagte der BJV-Vorsitzende.

Journalismus in der Todesspirale

Schlechte Nachrichten aus den USA überbrachte Stephan Russ-Mohl von der Universität Lugano. Er sieht dort den Qualitätsjournalismus generell gefährdet, weil er vor allem in den Tageszeitungen beheimatet war. Und die haben erhebliche Probleme: 20 Prozent Auflagenrückgang in einem Jahr, 43 Prozent minus beim Anzeigengeschäft in den Jahren 2007 bis 2009. Dazu eine rigide Sparpolitik der Verleger mit Personalabbau. Seit 2007 sind 15 000 – das sind 27 Prozent – der journalistischen Arbeitsplätze verloren gegangen. Dazu kommt ein Verlust an Glaubwürdigkeit.

Russ-Mohl sieht den Journalismus im „Bermuda-Dreieck zwischen PR, Werbung und Publikum“ verschwinden und beobachtet die „Printmedien in der Todesspirale“ Inzwischen gebe es in der PR-Branche doppelt so viele Arbeitskräfte wie im Journalismus. Immer mehr Recherchekapazitäten gingen verloren, Deprofessionalisierung sei die Folge.



Gehört die gedruckte Tageszeitung schon bald der Vergangenheit an?

Foto: wikimedia commons

Optimistische Ausblicke in die Zukunft des Journalismus gab es dagegen von Richard Gutjahr, als Journalist in den alten und neuesten Medien von der Tageszeitung bis zum weblog zuhause. Er ist der festen Überzeugung: „Bezahlte Inhalte im Internet werden sich durchsetzen und die Verleger werden in zehn Jahren mehr Geld verdienen als je zuvor.“ Aber dafür müsse sich das Selbstverständnis der Medien radikal verändern.

Radikale Veränderung

Der Bedarf an aktueller Information werde auch zukünftig hoch sein und zur Verarbeitung und Einordnung werde Journalismus weiter gebraucht.

Aber ein neuer, veränderter, der sich nicht an die alten Gegebenheiten klammert. Trimediales Arbeiten werde den journalistischen Alltag beherrschen.

Die gedruckte Zeitung wird es nach Gutjahrs Ansicht noch eine Zeit lang parallel zur online-Ausgabe geben: Man müsse das Alte erhalten und mit dem Neuen verbinden – also zwei-

gleisig in die Zukunft fahren. Er hält es da mit Arthur Sulzberger jr., dem Herausgeber der New York Times: „Wir sind keine Zeitungsfirma – wir sind eine Nachrichtenfirma.“

Anfang Februar brachte Rupert Murdoch eine Tageszeitung nur für das iPad heraus – zum sensationellen Preis von 0,99 Dollar pro Woche. Die Qualität müsse darunter nicht leiden, meint Gutjahr. Denn schließlich sparen die Verleger zukünftig eine Menge Geld, wenn sie kein Papier, Druckmaschinen und teure Vertriebswege mehr brauchen. ■

Michael Schröder

Andere Länder, andere Tücken!

Tagung spürt den praktischen Problemen der Auslandsberichterstattung nach

Auslandskorrespondenten im Radio und Fernsehen haben es schwer: Entweder die Heimatredaktionen wollen ihre vielfältigen Themenangebote aus „ihrem“ Land nicht aufnehmen („Wo ist der Nachrichtenwert?“ – „Wen interessiert bei uns die Korruption in Rumänien?“). Im anderen Fall werden sie überstrapaziert und oft auch überfordert, wenn es irgendwo „brennt“ – sei es politisch oder im wörtlichen Sinn.

Bei einem Seminar über die praktischen Probleme der Auslandsberichterstattung* lieferten ARD-Korrespondenten oft unbekannte Hintergrundinformationen und gaben interessante Einblicke in ihre Arbeit in manchmal schwierigen Ländern. Zu Gast waren: Bettina Marx, die von 2003 bis 2007 ARD-Hörfunkkorrespondentin in Israel und den Palästinenser-Gebieten war. Heute arbeitet sie für die Deutsche Welle als Parlamentskorrespondentin in Berlin. Eva Corell war von 1999 bis 2007 in China und hat von dort sowohl fürs Radio als auch fürs Fernsehen berichtet – heute leitet sie das Hauptstadtstudio des Bayerischen Rundfunks (BR) in Berlin. Und schließlich Martin Weiss: Er ist seit April 2010 für die ARD im Iran.

Überwachung und Kontrolle

Sein Journalistenvisum hatte er bereits im Oktober 2009 beantragt, erst ein halbes Jahr später war er akkreditiert. Der Iran sei derzeit „das schlimmste Land, was die Überwachung von Journalisten angeht“, sagt Weiss. Insgesamt vier Ministerien seien für die Kontrolle der Journalisten zuständig, federführend das „Ministerium für Kultur und islamische Führung“. Der Iran sei kein Land für schnelle Geschichten. Es gelte: erst einmal Tee trinken und langsam mit den Leuten ins Gespräch zu

kommen. Über die aktuelle politische Lage zu berichten, sei fast nicht möglich: „Bei offiziellen Reisen mit dem Präsidenten sehe ich ja nicht, was wirklich passiert.“



*Martin Weiss: „Ich weiß mehr, als ich in meinen Beiträgen sagen kann“
Fotos: Schröder*

Zwar könne man im Iran verhältnismäßig wenig drehen, aber es sei trotzdem extrem wichtig, dort zu sein und darüber zu berichten. „Man ist Gast in einem Land und man muss sich den Regeln unterwerfen. Würde ich diese Vorgabe nicht beherzigen, wäre das ganze Team im ARD-Studio in Teheran gefährdet. Wenn das Studio geschlossen wird, nutzt das niemandem.“ Nur etwa 20 ausländische Korrespondenten gebe es im Moment dort – die meisten

davon aber nur mit einem 4-Tage-Visum. Es sei ein großer Fehler, verdeckt als Tourist einzureisen und dann aber journalistisch zu arbeiten. „Das kriegen die sofort raus und dann ist man dran. Spionageverdacht geht immer als Grund zur Verhaftung“, sagte Martin Weiss zum Fall der im November 2010 inhaftierten deutschen Journalisten.

Alles ist politisch

Die Machthaber in Teheran würden alle Themen politisch verstehen – „auch Flirten, Singen und Schminken“. Er sei sich der „roten Linie“, die es unsichtbar immer gebe, sehr wohl bewusst. Diese „rote Linie“ dürfe man nicht überschreiten. Man müsse sich sehr genau überlegen, welche Worte man wähle und welche Protagonisten man zeige. So lasse er derzeit vom Thema „Oppositionelle“ lieber die Finger. „Die Leute haben Angst und die Gefängnisse sind voll.“

Besonders nervenaufreibend sei das lange Warten auf die nötige Drehgenehmigung vom Ministerium: „Jeder Dreh muss im Vorfeld angemeldet und abgesegnet werden.“ Auch die Kommunikation via Handy oder Email will wohl überlegt sein, denn beides könne mitgehört bzw. mitgelesen werden. Am ehesten wären Live-Schaltungen möglich. Dabei könne er eine Einschätzung und Einordnung abgeben – ohne aufwändige Absprachen im Vorfeld. „Ich muss mit der Situation leben, dass ich mehr weiß, als ich in meinen Beiträgen sagen kann. So ist das nun mal im Iran“, erklärte der ARD-Mann in Teheran.

„Dagegen ist China ja ein Paradies für Journalisten“, sagte Eva Corell. Bei sensiblen Themen sei die Arbeit immer

* In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Journalistenverband (Organisation: Hilde Stadler) und Till Rüger vom Bayerischen Fernsehen (Konzeption und Leitung)

ein „Katz- und Maus-Spiel mit dem Regime“ gewesen. Natürlich gebe es feste Regeln, aber die seien durchaus „verhandelbar“.

Verhandelbare Regeln

Man solle sich jedoch immer fragen: Welches Risiko gehe ich für mich und meine Informanten mit einer Geschichte ein? Ein Beispiel, das besonders hohe Wellen geschlagen hat: Ein chinesischer Bauer wurde zusammenge-



Eva Corell: „Katz- und Maus-Spiel mit dem Regime“

schlagen und lebensgefährlich verletzt, nachdem er der ARD ein Interview über die ausbleibenden Entschädigungen für seine erzwungene Umsiedlung beim Staudammbau am Yangtse-Fluss gegeben hatte. Er wird querschnittsgelähmt bleiben und auf den Rollstuhl angewiesen sein. Im Seminar wurde heftig über die Verantwortung der Journalisten diskutiert: Ist das die Geschichte wert und wie können Informanten geschützt werden?

„Fernsehen ist immer am schwierigsten umzusetzen“, erklärte Eva Corell, „weil es am auffälligsten ist.“ Am einfachsten hätten es die Kollegen von Zeitungen und Zeitschriften, die einfach nur Stift und Block bei sich tragen müssten. „In China ist man als Ausländer schon verdächtig. Mit einer Kamera auf der Schulter ist man doppelt verdächtig.“ Trotzdem bleiben Auslandskorrespondenten weitestgehend von Repressalien verschont:

„Es gibt keinen direkten Druck. Man wird mal einbestellt, aber das war es dann auch.“ Das Regime wolle internationale Anerkennung. Deshalb würden sie sich nicht trauen – auch wegen der Empörung im Ausland, die ausbrechen würde, wenn ein ausländischer Korrespondent wirklich zu Schaden käme. Willkür und Korruption gäbe es jedoch überall.

Gefahr der Scheuklappen

Für Bettina Marx war die Arbeit in Tel Aviv „ein Riesengeschenk“ – vor allem die Abwechslung habe ihr gut gefallen. Es bestehe durchaus die Gefahr, „zu tief einzusteigen“ und irgendwann so sehr Teil der Kultur des Gastlandes zu werden, dass man „Scheuklappen bekommt und den



Bettina Marx: „Immer im Spannungsfeld zwischen Journalist und Missionar“

deutschen Blick verliert“. Am Brennpunkt Nahost sei immer etwas los, das sei eine spannende Herausforderung. Aber gerade dort sei irgendwann die Fiktion des neutralen Beobachters am Ende.

Sie hat nach eigenen Worten einmal die Grenze zur Aktivistin überschritten, als sie zu einer Hilfsaktion für eine vom Krieg besonders getroffene Familie aufrief und ihr wieder zu einer Wohnung und Existenz verhalf.

„Zwischen Journalist und Missionar“

Das Seminar machte deutlich: Eine objektive Berichterstattung kann es nicht geben. „Man kann versuchen, objektiv zu berichten“, so Hörfunkjournalistin Bettina Marx, „aber man bewegt sich immer im Spannungsfeld zwischen Journalist und Missionar“.

Deshalb lautet Eva Corells Tipp: „Allen gerecht werden kann man sowieso nicht. Meiner Meinung nach sollte man sich vor allem bemühen, ausgewogen und wahrheitsgemäß zu berichten. Und Dinge immer wieder zu hinterfragen.“ Ein Wert und eine Maxime, die nicht nur fürs Ausland gelten: „Schließlich sind wir Botschafter der Pressefreiheit“, sagt Eva Corell. ■

*Pauline Tillmann /
Michael Schröder*

Linktipps:

<http://www.pauline-tillmann.de/2010/11/andere-lander-andere-tucken/>

<http://bjvjungblut.wordpress.com/2010/11/21/andere-lander-andere-tucken/>
Ein Interview mit Bettina Marx und Eva Corell:

<http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=1549>

http://bjvjungblut.files.wordpress.com/2010/11/corell_weiss1.jpg

Schwierige Partner in Europa

Tagung mit dem Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften über
Verständnisprobleme und gemeinsame Interessen

Deutschland und Russland – Partner, aber nicht ohne Differenzen? Über die Beziehungen beider Länder diskutierten hochrangige deutsche und russische Experten. Mit dieser deutsch-russischen Fachtagung führte die Akademie ihre Kooperation mit dem Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften fort. Nach 2008 war nun zum zweiten Mal die komplette Führungsspitze des Instituts mit weiteren Mitarbeitern nach Tutzing gereist, um dort gemeinsam mit deutschen Gesprächspartnern Felder der Kooperation aus beiden Perspektiven zu betrachten. Anschließend wurden die Konsultationen auf europäischer Ebene in Brüssel fortgesetzt.

Zum Auftakt der Tagung warb der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil für eine engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Bayerns und Russlands. Die Voraussetzungen dafür seien so günstig wie lange nicht. Die Abschaffung von Exportzöllen mache den Weg frei für den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation; und auch den Vorschlag Wladimir

Vladislav Belov verwies anschließend zwar auf den „Geist der Zusammenarbeit“, der über Jahrhunderte die deutsch-russischen Beziehungen bestimmt habe, warf dabei aber auch die



Martin Zeil: Voraussetzungen für engere Zusammenarbeit günstig

Putins, eine gemeinsame Industriepolitik und eine Freihandelszone mit der Europäischen Union aufzubauen, ist für Zeil ein vielversprechendes Signal. Gleichzeitig betonte er: „Jede Zusammenarbeit muss auf einem freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Fundament aufbauen, wenn sie auf Dauer tragfähig sein will.“



Alexej Gromyko: NATO am Rande ihrer Existenzfähigkeit

viel diskutierte Frage auf, ob das russische und das europäische Wirtschaftssystem überhaupt zusammenpassen.

Zeils pragmatische Antwort: „Es müssen sich nicht alle sofort das System der Sozialen Marktwirtschaft zu eigen machen, auch wenn wir das für die wünschenswerteste Lösung halten.“

Schwierige Partner

Unterschiedliche, aber auch gemeinsame Perspektiven auf sicherheitspolitische Fragen eröffneten Alexej Gromyko und Carlo Masala. Die von beiden

betonten Punkte: Russland und die EU sehen sich gegenseitig als schwierige Partner, aber nicht mehr als Gegner. Die wichtigsten gemeinsamen Interessen sind die Sicherheit im euro-asiatischen Raum, nukleare Stabilität und der Stopp der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

„Das politische Klima wird sich durch die Annäherung von Russland und NATO verbessern“, meinte Gromyko. Er sieht das Verteidigungsbündnis in einer Phase, in der es „die Sicherheitslage erstmals wirklich korrekt einschätzt“, aber dennoch am Rande seiner Existenzfähigkeit steht. Der kaum noch kontrollierbare Einsatz in Afghanistan sei „der Prüfstein für das Überleben der NATO“.

Die Annäherung zwischen Russland und NATO begrüßte auch Carlo Masala. Bei einem Beitritt Russlands wäre das nordatlantische Bündnis aber hin-



Carlo Masala: besser gemeinsame Projekte statt gemeinsame Strukturen
Fotos: Haas

fällig, es würde zu einer pazifischen Allianz, in der Europa nichts mehr zu suchen hätte. Überhaupt wären die Interessen zu unterschiedlich. Man solle besser gemeinsame Projekte für die globale Sicherheit schaffen statt gemeinsame Strukturen. Das Spektrum dafür reiche von der Raketenabwehr über gemeinsames Peace-keeping bis



zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Im Umgang mit der Radikalisierung des Islam oder hinsichtlich der Arktis sei man aber noch meilenweit von einem gemeinsamen Vorgehen entfernt.

Russland einbinden

Auch der frühere Kohl-Berater Horst Teltschik betonte in seinen Betrachtungen über eine neue Architektur der Weltpolitik, dass Russland daraus nicht wegzudenken sei. Die Welt werde zunehmend schnell, unübersichtlich und multipolar. In einer solchen Welt müsse „die Europäische Union lernen,



Horst Teltschik: „Die EU muss endlich lernen, mit einer Stimme zu sprechen“

mit einer Stimme zu sprechen und endlich ein Akteur – nicht ein Getriebener – in der Politik zu sein.“ Das gelte auch für das Verhältnis zu Russland. Zudem sei Russland in die bestehenden sicherheitspolitischen Strukturen einzubinden, etwa durch den Ausbau des NATO-Russland-Rats als ein eigenständiges Gremium mit Russland als entscheidungsfähigem Mitglied. Eine zweite Plattform, die für die globale Sicherheitsarchitektur genutzt werden müsse, sei die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). „Dort können wir verhandeln, dort sind alle dabei.“ Doch müsse die Organisation erst einmal wiederbelebt werden. Für Deutschland hofft Teltschik, dass man sich hierzulande der Wichtigkeit der internationalen Politik bewusst werde: „Kein innenpolitisches Thema kann heute ohne außenpolitische Aspekte betrachtet werden.“

In der Entwicklung einer „Strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland“ diagnostizierte Reinhold Bocklet eine nur scheinbare Stagnation. Die Annäherung der beiden Staaten sei ein evolutionärer Prozess, der nicht ohne Verstimmungen ablaufen könne. So etwa, wenn die deutsche Seite eine merkliche Entwicklung Russlands hin zu Demokratie und Marktwirtschaft anmahnt und dies von russischer Seite als Einmischung in eigene Angelegenheiten zurückgewiesen wird. Nur um solche Verstimmungen zu vermeiden, solle man keine Menschenrechtsverletzungen übergehen. Die Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland dürfe keine reine Allianz der Interessen sein.

Ein zentrales Thema der Gespräche waren auch Verständnisprobleme auf beiden Seiten. So sprach Igor Maximyschew über das meist negative Russlandbild der Deutschen – und das umgekehrt positive Bild der Deut-



Igor Maximyschew: meist negatives Russlandbild der Deutschen

schen in Russland, wo die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs längst überwunden seien. In Deutschland hielten sich dagegen noch heute Ressentiments gegenüber Russland, die bereits im 19. Jahrhundert entstanden seien.

Mikhail Nosov ging noch einen Schritt weiter: Er beschäftigte sich damit, was Deutsche und Russen voneinander erwarten. Dabei bemerkte er in der russischen Jugend eine starke Fokussierung auf das Hier und Jetzt. Die Kinder würden mehrheitlich unter

so freien Umständen erzogen, dass sie schon zu offen mit der Vergangenheit umgingen. Von einem demokratischen und mächtigen Europa erwarte er die Offenheit, die russischen Verhältnisse so anzuerkennen, wie sie seien: „20 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind wir viel weiter, als Sie sich vorstellen können.“

Umso provokanter der Titel des Vortrags von Jan Engelke: „Liberale Demokratie für Russland?“ In Russland sei eine Tendenz zu Wirtschaftsfreiheit und Wohlstand ohne Rechtsstaat zu beobachten. Die liberale Seite der Demokratie sieht er noch unzureichend verwirklicht und auf dem Weg dahin viele Hindernisse. Nosovs Bemerkung dazu: „Ohne Demokratie, ohne Zivilgesellschaft und ohne Opposition ist kein dauerhafter Fortschritt möglich.“

Die Entgegnung von Akademiedirektor Heinrich Obereuter: In Deutschland sei es gerade anders herum gewesen; ohne das Wirtschaftswunder hätte es keine breite Akzeptanz der Demokratie gegeben.

Tradierte Bilder

Stereotypen sind Hemmnisse für gegenseitiges Verständnis. Damit beschäftigte sich Dirk Uffelman. Seine These: Die negativen Russlandbilder „des Westens“ seien über viele Generationen hinweg tradiert und bestünden weitgehend unabhängig von der Realität. Man sehe das, was man bereits zu wissen glaube. So habe sich etwa der Russlandbericht Siegmund Freiherrn von Herbersteins aus der Mitte des 16. Jahrhunderts nachhaltig in den Vorstellungen der Deutschen festgesetzt, indem er über viele Jahrhunderte immer wieder gelesen worden ist. So meinte etwa Astolphe de Custine, der 1839 durch Russland gereist ist: „Ich finde Russland heute genauso vor, wie Herberstein es vor 300 Jahren beschrieben hat.“ Aus diesem Zirkel der Stereotype und der durch sie geprägten selektiven Wahrnehmung auszubrechen, hält Uffelman nur begrenzt für möglich. ■

Sebastian Haas / Stefan Köppl

Noch mehr Aufgaben für Europa

Politik, Wirtschaft und Recht – aber auch Bildende Kunst, Literatur und Philosophie: Die zahlreichen Facetten des Begriffs Europa diskutierten Referenten und Teilnehmer bei der Tagung „Strahlkraft Europas“.

Thomas Ilka leitet die Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) bei der Europäischen Union. Hoffnung machen – das ist sein Job als Lobbyist in Brüssel, und so wirkte er auch in der Akademie. Er zeichnete ein durchweg positives Bild der „Wirtschaftsmacht Europa“ und ihrer Möglichkeiten. So liegen zum Beispiel in aktuellen Rankings 13 europäische Nationen unter den ersten 20, wenn es um Sicherheit, Gesundheit, Stabilität, Teilhabe und Wohlstand der Bevölkerung geht. Andererseits nahm sich Ilka viel Zeit, um die Komplexität des Standortes Brüssel – mit all seinen Abgeordneten, Lobbyisten, Beamten und sonstigen Entscheidungsträgern – darzulegen.

Alois Müller ist der Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in München. Er sprach über die Mittel und Wege, mit denen das europäische Finanzsystem im Zuge der Wirtschaftskrise vor dem Zerbrechen gerettet werden soll. Dazu lieferte Müller erschreckende Zahlen zur „ungezügelter Schuldenmacherei“ in Europa. So schaffte es selbst im Boomjahr 2007 nur Finnland, einen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften. Und heute? Da droht Großbritannien ein Defizit von 15 Prozent des Staatshaushaltes und in Irland – „eine tickende haushaltspolitische Zeitbombe“ – seien bis zu 30 Prozent möglich.

Die Angst vor steigender Inflation hierzulande ist Müllers Meinung nach aber unbegründet. Für 2010 erwarte die Bundesbank in Deutschland eine Teuerungsrate von 1,2 Prozent, im kommenden Jahr von 1,6 Prozent. Es gebe wenig Spielraum für Preiserhöhungen, weil das produzierende Gewerbe in ganz Europa noch lange nicht am Limit arbeite. Denn gerade in den am stärk-

ten von der Krise betroffenen Ländern – wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien – haben sich die Produktionskosten in den vergangenen 15 Jahren nahezu verdoppelt. In Deutschland, Finnland, Österreich oder Frankreich seien sie dagegen kaum gestiegen.

Einen gänzlich anderen Blickwinkel auf Europa brachte Johano Strasser mit. Der Schriftsteller und Präsident des P.E.N. Zentrums Deutschland trug einen Essay zu „Europa als Kulturge-



Johano Strasser: Abgrenzung führt in die Irre *Fotos: Haas*

meinschaft am Beispiel der Literatur“ vor. Klare Definitionen Europas – zum Beispiel durch die christliche Religion oder durch die Abgrenzung zu anderen Kulturkreisen – führen Strassers Meinung nach völlig in die Irre.

Aufgabe und harte Arbeit

Denn: „Europa war schon immer mehr Idee statt harte Realität. Von Anfang an wurde das Fremde über die offenen Grenzen aufgenommen, daraus eine europäische Kultur geformt, die heute

wiederum globales Allgemeingut ist.“ Die europäische Integration bezeichnete der Schriftsteller als eine verblüffende Erfolgsstory. Denn es seien nicht die vielfach postulierten Werte, die uns alle verbanden, sondern die gemeinsamen (und meist negativen) historischen Erfahrungen. Europa sei keine Gegebenheit, sondern eine Aufgabe.

Diesem abschließenden Satz von Johano Strasser konnte Reinhold Bocklet sofort zustimmen. Der frühere baye-



Reinhold Bocklet: Täglicher Kampf

rische Europaminister sprach über „Die Perspektiven Europas“ und machte klar: Europa ist harte Arbeit. Die an der Europäischen Union beteiligten Nationen müssten täglich um die Einigung kämpfen – beispielsweise um die gemeinsame Verfassung, um die gemeinsame Währung, um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, um die Handlungsfähigkeit und die Legitimierung der Institutionen. So lange das nicht geregelt sei, bleibe Europa zwar weiter eine Wirtschaftsmacht, werde aber noch lange kein global player.

Im Gegensatz zu Bocklet ist der Europa-Abgeordnete Markus Ferber (CSU) aktiver Europa-Politiker. Er nahm zusammen mit den Landtagsabgeordneten Linus Förster (SPD), Martin Runge (Grüne) und Michael Piazzolo (Freie Wähler) an der Podiumsdiskussion



über deutsche Europapolitik teil. Ferber ist seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Was er vor allem betonte, war die Normalität Europas: „Freuen wir uns an der Stabilität, freuen wir uns am Frieden und darüber, dass das für uns alles ganz normal ist.

Und auch Deutschland entwickelt sich zu einem ganz normalen Land in der Europäischen Union. So soll es auch sein.“ In der europäischen Integration sei heute ein Status erreicht, in dem man nicht ständig neue Projekte, Vertragsdiskussionen und Reformen brauche.

Nicht ständig Reformen

Damit meint Ferber übrigens auch die Diskussion um die Aufnahme der Türkei in die EU. Er bevorzugt eine privilegierte Partnerschaft und stellt klar: „Die EU ist keine Gemeinschaft der Menschen – da ist uns jeder Anständige, egal aus welchem Land, willkommen –, sondern eine Gemeinschaft der Staaten. Der Zustand des Staates Türkei aber ist nicht europakompatibel und es werden keine Anstrengungen unternommen, das zu ändern.“ Zum Beispiel erkenne die Türkei den griechischen Teil Zyperns weiterhin nicht an und empfangen den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad.

Auf dem Podium ertete Ferber mit dieser Aussage keinen Widerspruch, auch nicht von Linus Förster aus der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag.

Einen entscheidenden Unterschied machte Förster aber: „Wenn die Türkei die Verhandlungen in allen Punkten zu einem positiven Ende bringt, dann soll die Aufnahme in die EU auch möglich sein.“

Förster, der auch jugendpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist, denkt darüber nach, wie man die Jugend wei-

ter für Europa begeistern kann. „Wir müssen die Normalität in Europa auch richtig verkaufen. Wir müssen zeigen, dass viele Projekte fast vollständig von der EU gefördert werden, und nicht vom bayerischen Staat.“

Vor allem aber sei eine intensive Verankerung der EU in den Schulen nötig, um die kommende Generation von der Nützlichkeit Europas zu überzeugen. „Anders können wir jungen Leuten nicht beibringen, dass es vernünftig ist, Griechenland mit Milliarden

werben, sagte Piazzolo und fügte hinzu: „Die Verdrossenheit gegenüber der EU nimmt zu, und wenn dann selbst in Deutschland 30 Prozent der Bevölkerung an der Demokratie zu zweifeln scheinen, dann mache ich mir große Sorgen um Europa.“

Sorgen um Europa

Sorgen um Europa macht sich auch der Grünen-Landtagsabgeordnete Martin Runge. Er vermisst dort das soziale Moment und die Mitsprache der Bür-



Der Europa-Abgeordnete Markus Ferber und die Landtagsabgeordneten Linus Förster, Martin Runge und Michael Piazzolo (von links)

Euro beizustehen“, sagte Förster und betonte andererseits: „Würden wir das Friedensbedürfnis anderer wirklich ernst nehmen, müssten wir schnellstens alle Staaten auf dem Balkan in die EU aufnehmen.“

Die überforderte EU

Neue Mitgliedstaaten aus dem Balkan, dazu Island, eventuell noch die Türkei oder gar die Ukraine – Michael Piazzolo von den Freien Wählern sieht die EU am Rande der Überforderung. Beim Elitenprojekt Europa vermisst er derzeit die Visionen und die Begeisterung. Mit Rettungsschirmen und Haushaltsdebatten könne man Europa nicht be-

ger. Stattdessen greife die Europäische Union häufig in Kompetenzen ein, die sie eigentlich nichts angingen. Heftig kritisierte er in diesem Zusammenhang die Abgeordneten des Bundestages, die über Jahre hinweg kritik- und bedenkenlos die Politik der EU umgesetzt hätten – bis das Verfassungsgericht dem einen Riegel vorgeschoben hätte. „Hinterher aufbegehren nützt nur wenig“, erklärte Runge, der regelmäßig die Überprüfung europäischer Verordnungen und Richtlinien im Bayerischen Landtag fordert. 45 solcher Subsidiaritätsprüfungen habe es beispielsweise im Jahr 2009 gegeben. ■

Sebastian Haas

Nahostkonflikt: Spiralen der Gewalt

Die historischen, politischen, religiösen, ethnischen, ideologischen und publizistischen Dimensionen des Nahostkonflikts sind in ihrer Komplexität einzigartig.

Susanne Talabardon von der Universität Bamberg wies in einer präzisen historischen Herleitung darauf hin, dass es keine Parallelität gibt zwischen dem historischen jüdischen Volk und dem heutigen Israel. Die Fremd- und Eigenbezeichnungen der Bewohner der Landbrücke zwischen Ägypten, Mesopotamien und später des Osmanischen Reichs wechseln durch die Geschichte. Zunächst war „Judaismus“ lediglich der Gegensatz zum Hellenismus. Dem alten Israel setzten bereits babylonische und persische Eroberer im 6. Jh. v.Chr. ein Ende, erläuterte Talabardon. Nach den Griechen im 4. Jh. folgte die römische Besatzung und die zweite Hellenisierungswelle. Der große jüdische Aufstand der Jahre 66 bis 70 ist ein Meilenstein der Geschichte und endet mit der vollständigen Zerstörung Jerusalems. In diesem Zusammenhang steht auch der Mythos um die Ausharrenden auf der Festung Masada. Nach der Niederschlagung des Bar-Kochba Aufstands (132-135) ist Judäa zerstört und entvölkert. Das klassische Judentum lag in Trümmern. Dennoch verschrifteten kleine, übrig gebliebene Gruppen von Traditionalisten diese Bruchstücke und entwickelten so eine Art „neues“ Judentum. Schließlich, so Susanne Talabardon, beförderte die Christianisierung des Römischen Reiches eine Re-Judaisierung.

Gespaltene Bevölkerung

Christoph Schumann von der Universität Erlangen-Nürnberg verdeutlichte Dimensionen des modernen Nahostkonflikts. Eine Zweistaatenlösung mit gemeinsamen Institutionen und föderalen Strukturen wäre wünschenswert. Problematisch sei jedoch die Siedlungsfrage. Für Schumann ist der Nahe

Osten ein ethnischer und nationalistischer, weniger ein religiöser Konflikt. Darüber hinaus geht es auch um Geopolitik (Wasser und Grenzen), Staatsbildung, internationale Beziehungen, kulturelle und wirtschaftliche Hegemonie.

Palästinenser haben unterschiedliche Identitätsbezüge: zum historischen Syrien, an die arabische Kultur und den Islam als Religion. Die heutigen palästinensischen Gebiete haben noch dazu unterschiedliche wirtschaftliche An-

Schumann wurde deutlich: Die britische Mandatsverwaltung von 1920 bis 1948 schuf keine gemeinsamen Institutionen, keine Wahlen, auch keine gemeinsame Verfassung. Die Bevölkerung blieb gespalten: Verhandelt wurde entweder bevorzugt mit der Jewish Agency oder mit palästinensischen Vertretern, nicht gemeinsam. Palästinensische politische Institutionen waren nicht anerkannt.

Kein Schiedsrichter

Der Anfang vom Ende schließlich ist der israelisch-palästinensische Bürgerkrieg ab Ende 1947, der im Mai 1948 in einen arabisch-israelischen Konflikt



Die Grenze bei Erez im Norden des Gaza-Streifens ist ein Hauptübergangspunkt für Palästinenser nach Israel Foto: wikimedia commons

schlüsse: Gaza nach Ägypten und Nablus nach Syrien. Grundsätzlich aber hat wohl die britische Kolonialverwaltung mit konkurrierenden, geheimen Zusagen an verschiedene regionale Akteure, die gleichzeitig in Gefahr standen, übervorteilt zu werden, erheblich zu vielen Dimensionen des Nahostkonflikts beigetragen. Zu nennen sind beispielsweise das Sykes-Picot-Abkommen und die Balfour-Erklärung.

umschlägt. Der Rest der Geschichte ist bekannt: London gibt auf, die Vereinten Nationen erben einen ungelösten Konflikt, neue Teilungspläne werden entwickelt und es folgen weitere Kriege: Sinai-Suez 1956, der Sechs-Tage-Krieg 1967, Oktober 1973, Libanon 1982 und 2006. Friedensinitiativen haben keine lange Dauer. Die Folgen für die palästinensische Bevölkerung, insbesondere seit der israelischen Be-



setzung von 1967: Ein riesiges Flüchtlingsproblem, politische Entrechtung, militärisch-administrative Kontrolle, wirtschaftliche Zerstörung, Zersiedelung und Fragmentierung.

Der gesamte Oslo-Friedensprozess mit seinen unterschiedlichen Formaten (bilateral, trilateral mit den USA (Camp David), multilateral (Madrid, Annapolis) oder quasi aufgezwungen („Road Map“) beförderte Interimsansätze, hat aber zu Sicherheit und Stabilität grundsätzlich wenig beigetragen. Das Misstrauen wächst, ein Schiedsrichter ist nicht in Sicht.

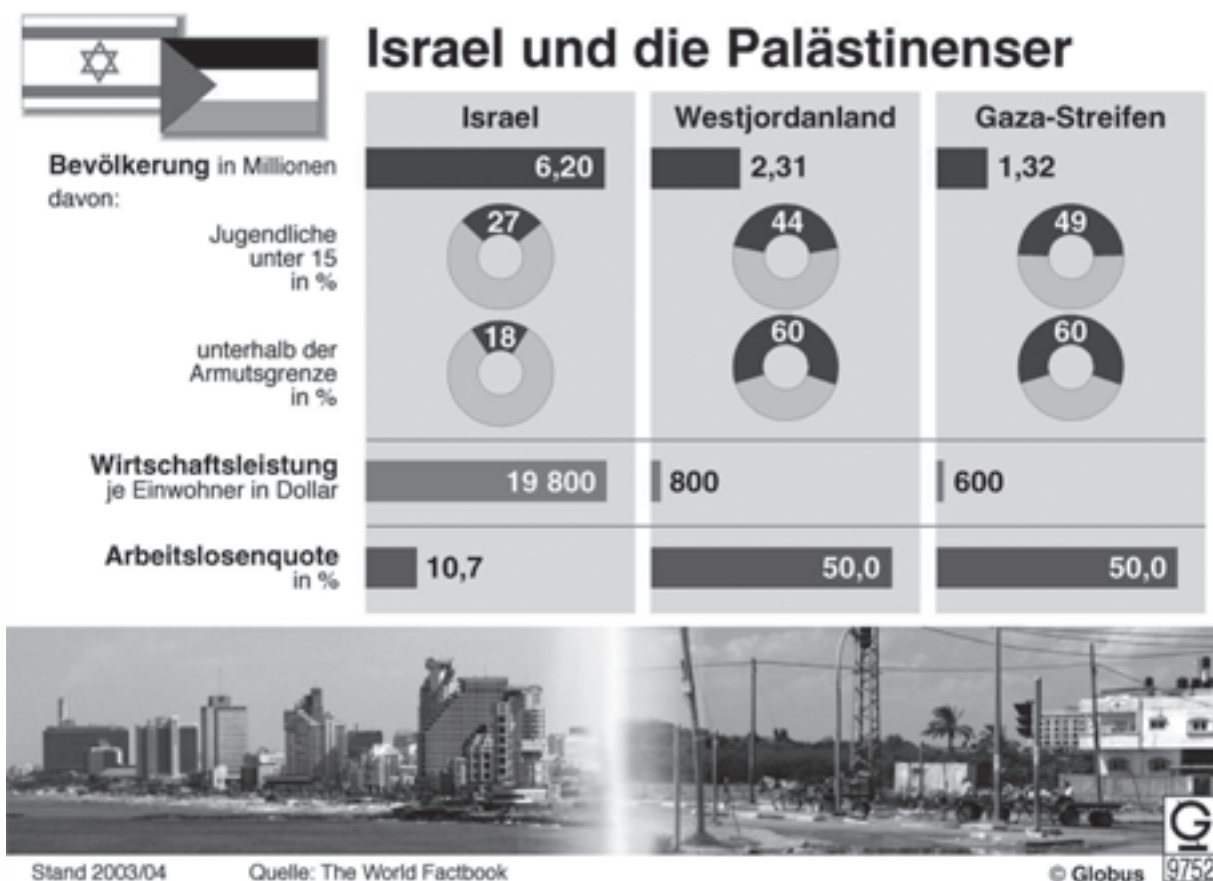
Mehrere Konflikte

Stephan Stetter von der Universität der Bundeswehr München ergänzte die Konfliktdimensionen. Durch die jüdische Selbstverwaltung gab es po-

litische Strukturen bereits vor der Staatsgründung. Auch die Dominanz der Arbeitspartei ist damit zu erklären. Bei der Staatsgründung überwogen linkszionistische Auffassungen. Ein demokratischer, jüdischer Staat sollte entstehen, mit einer Nische für vormoderne Orthodoxe, nicht aber für Palästinenser, so Stetter. In den 1960er Jahren kommt der Gründungskonsens und die Arbeitsteilung zwischen Säkularen und Orthodoxen (wonach letztere sich aus Außen- und Sicherheitspolitik heraushalten) ins Wanken. Die Orthodoxie politisiert sich – eine weitere Belebung erfährt sie durch die Eroberung Ostjerusalems und anderer Gebiete 1967. Der anschließende und 1992 ausgeweitete Siedlungsbau führte neue Konfliktlinien ein. Die Intifada in ihren verschiedenen Ausbrüchen ab 1987 führte zu großen gesellschaftli-

chen Debatten und schien die Besetzung zusätzlich zu rechtfertigen.

Weitere Strukturprobleme waren durch die sephardische Zuwanderung in den 1950er und 60er Jahren entstanden: Die Spitzenposten in Politik und Militär waren innerhalb der ashkenasischen Bevölkerung vergeben. Sepharden mussten oft in abgelegenen Gebieten siedeln und fühlen sich (bis heute) benachteiligt. Das machte sich in Wahlen bemerkbar: Die Arbeiterpartei verlor Einfluss an den konservativen Likud. Auch Stetter betonte: Es gehe nicht (nur) um Religion, sondern um mehrere Konfliktlinien: Israelisch-palästinensisch, ashkenasisch-sephardisch, politisch links-rechts, religiös-säkular, Friedensbefürworter-Rechtsnationale.



Zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten liegen Welten, jedenfalls wenn man die Lebensbedingungen vergleicht. Während die Menschen in Israel eine Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung von knapp 20 000 Dollar pro Jahr erbringen, kommen die Palästinenser im Westjordanland auf nur 800 Dollar und im Gaza-Streifen sogar nur auf 600 Dollar. Die Mehrheit der Palästinenser lebt unterhalb der Armutsgrenze, während es in Israel nur 18 Prozent sind. Auch die Arbeitslosenquoten klaffen erheblich auseinander, denn nur jeder zweite Palästinenser in den besetzten Gebieten hat einen Job.



Tania Kraemer, für die Deutsche Welle in Tel Aviv, berichtete über die Verhältnisse in den palästinensischen Gebieten. Erfreuliches erlebt sie in ihrem Alltag nicht. International zuständig ist das „United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – occupied Palestinian territory“. Die palästinensischen Gebiete sind



*Als Journalistin im Gaza-Streifen:
Tania Kraemer*

nach Status A und B (Osloprozess) und C (vollständige israelische Kontrolle, betrifft über 60 Prozent der Gebiete) unterteilt. Im besetzten Westjordanland leben 2,3 Millionen Palästinenser zwischen 149 jüdischen Siedlungen und 100 Außenposten mit insgesamt 500 000 Menschen. Die Sperranlage („Mauer“) gegen palästinensische Siedlungen ist bis zu acht Meter hoch.

Isolation und Zerstörung

Die Wahlen vom Januar 2006, in denen die Hamas erheblich gestärkt wurde und die Machtübernahme in Gaza im Juni 2007, führten weiter in die Isolation. Solange kein Gewaltverzicht und Existenzrecht Israels anerkannt ist, unterhält der Westen keine offiziellen Kontakte zu Hamas-Politikern. Einigungsversuche sind bisher gescheitert. Kraemer wies allerdings auch auf kritische israelische Organisationen hin, wie „Peace Now“, die die jüdischen Siedlungen beobachten und die Soldatenorganisation „Breaking the Silence“, die über Vorgänge in den besetzten Gebieten berichten.

Gaza ist ein drastisches Beispiel für Rückentwicklung, Isolation, Flüchtlingskatastrophe und wirtschaftliche Zerstörung. Das zunehmend konservative Gebiet, in der Fläche kleiner als Bremen, ist komplett überfüllt, verarmt und abgeriegelt, sagte Tania Kraemer. Die Bewohnerschaft bestehe zu über zwei Dritteln aus Flüchtlingen. Die 21 jüdischen Siedlungen seien zwar geräumt, Israel aber kontrolliere alle Zugänge, den Luftraum, das Seegebiet und damit das wirtschaftliche Handeln und darüber hinaus durch das Melde- register auch Bevölkerung und Verwaltung.

Tunnelwirtschaft

Gaza ist seit der Machtübernahme der Hamas im Sommer 2007 feindliches Gebiet („hostile entity“). Die wirtschaftlichen Folgen sind katastrophal: Die Privatwirtschaft liegt durch die Einfuhrbeschränkungen am Boden, Baumaterial und Rohstoffe sind gar nicht zu erhalten. 70 Prozent der Industriebetriebe sind geschlossen, die Arbeitslosigkeit beträgt mindestens 40 Prozent.

Die berühmte „Tunnelwirtschaft“ an Gazas Südgrenze zu Ägypten ist die logische Folge. Konsumgüter, Lebensmittel, Einrichtungsgegenstände und

sogar Tiere werden durch Schächte und Tunnel geschleust. Die Gefahr durch israelische Bomben ist groß. Unglücke durch technisches Versagen, aber auch durch konkurrierende Tunnelbetreiber kommen regelmäßig vor.

Kraemer, die sich selbst in diese Unterwelt begeben hatte, berichtete von unterschiedlichen Tunnelqualitäten und einer großen Zahl: Abgestützte, belüftete, verputzte und damit relativ sichere und große Tunnel für „Luxusgüter“ liegen neben, über und unter kleineren, unsicheren Kriechtunneln, durch die vielleicht nur ein paar Schafe getrieben werden. Die Tunnel sind spezialisiert und bilden ein eigenes Wirtschaftssystem mit Geldgebern, Tunnelbesitzern, Lieferanten, Seilzugbedienern, Hilfsarbeitern mit Schaukeln, qualifizierten Arbeitern mit Presslufthammer und Stützen, Elektrikern, Tiertreibern und Händlern, die Ware entgegen nehmen und neu ordern.

Und damit entsteht ein neues Absurdum des Nahostkonflikts: Die Tunnelbetreiber und -arbeiter haben wenig Interesse an der Lockerung der Einfuhr- und Einreisebeschränkungen nach Öffnung der Grenzübergänge nach Gaza. ■

Saskia Hieber

Bücher zu den Palästinensischen Gebieten:

Butt, Gerald: Life at the Crossroads. A History of Gaza, Rimal Publications, 2009

Luyendijk, Joris: Wie im echten Leben, Klett-Cotta, 2007

Roy Sara: The Gaza Strip. The political Economy of Development, Institute for Palestine Studies, 1995

Baumgarten, Helga: Hamas: Der politische Islam in Palästina, Diederichs, 2006

Shehadeh, Raja: Streifzüge durch Palästina. Promedia Verlag, 2008

Selbstbewusstes Kanada mit robuster Führungsrolle

Vielfältige Informationen über das zweitgrößte Land der Erde

Ist Kanada das „bessere Amerika“? Diesen Eindruck vermittelten zumindest die kanadischen Diplomaten, die ihr Land oder ihre Provinz vorstellten. Die Akademietagung über das nordamerikanische Land wurde von der kanadischen Botschaft und von den Vertretern der Provinzen Alberta, Manitoba und Québec unterstützt. Stéphane Charbonneau, Terry Romano, Wes Sawatzky und Benedikt Miklos vermittelten mit viel Charme und unterschiedlichem Temperament die Besonderheiten und Eigenheiten in Kanada.

Es war jedoch Petra Dolata-Kreutzkamp vom King's College, London, die kanadische Eigenschaften auf einen Punkt brachte: „Die Kanadier sind äußerst freundlich und höflich – solange es nicht um Eishockey und die Arktis geht!“ Der Nationalsport wird genauso ernst genommen, wie die Ansprüche auf große, sehr weit nördlich gelegene Gebiete. Die Nordwestpassage sei kanadisches Gebiet und nicht etwa, wie die USA und Europa meinen, ein internationales Gewässer.

Dezentraler Föderalismus

Rainer-Olaf Schultze von der Universität Augsburg betonte die Unterscheidungsmerkmale zwischen nordamerikanischen und europäischen Gesellschaften: Erstere sind geprägt von Migration und Kolonialvergangenheit und daher sehr viel offener, mobiler und multi-ethnischer. Gleichzeitig steht Nordamerika für große geographische Ausdehnung und erhebliche regionale Differenzen zwischen industriellen Zentren und ressourcenbasierter Peripherie, die ein normales Stadt-Land-Gefälle weit überschreiten.

Historische Belastungen prägen die frühe amerikanische Geschichte. Während sich die östlichen Amerikanischen Staaten 1776 unabhängig erklärten, gelang der Kolonie Canada die Entlassung aus der britischen Krone und der

„Dominion“-Status erst 1867. Die Unabhängigkeit ließ aber bis 1931 auf sich warten. Die vollständige Souveränität durch die Aufhebung verfassungsrechtlicher Bindungen an das Vereinigte Königreich gab es erst 1982. Heute zeichnet sich Kanada durch einen sehr dezentralen Föderalismus aus. Der Bund verliert gegenüber den Provinzen weiter an Einfluss.

Arktis zu Kanada

Zur kanadischen Identität gehören nicht etwa wie in den USA „life, liberty and happiness“, sondern die etatistischen Grundwerte „peace, order and good governance“.

Stéphane Charbonneau von der Botschaft in Berlin erinnerte an berühmte Kanadier und kanadische Firmen (Bombardier, BlackBerry), unterstrich die starke nationale Einheit, verschwieg aber auch strukturelle Probleme nicht: Die traditionellen Verbindungen laufen nicht horizontal zwischen den einzelnen kanadischen Provinzen, sondern jeweils in Nord-Südrichtung nach den USA. Dies ist nicht unerheblich im flächenmäßig zweitgrößten Land der Erde mit aber nur 34 Millionen Einwohnern. So liefert die Ölprovinz Alberta in die westlichen Landesteile oder gleich in die USA, die Atlantikprovinzen im Osten Kanadas müssen sich aus Venezuela mit Öl versorgen. Die Notwendigkeit, das Französische zumindest in Québec und Ontario zu verfechten,



Montreal ist die zweitgrößte Stadt Kanadas

Fotos: wikimedia commons



unterstrich der Diplomat mit einer ein-drucksvollen Zahl: Schließlich seien die nur acht Millionen Francokanadier von 350 Millionen Anglophonen (die USA mitgezählt) umgeben.

Multilateralismus und Territorialdenken

1971 hatte Kanada „Multiculturalism“ zur offiziellen Regierungspolitik erklärt. Pro Jahr werden 250 000 Immigranten aufgenommen – nach einem strengen Auswahlverfahren. „People can keep their own cultures, but are expected to get Canadian values (like respect and freedom)“, erklärte Charbonneau. Zur

viduums ausgerichtet, stehe außerhalb traditioneller Sicherheitsrahmen und entwickle sich quasi als post-moderne Außenpolitik und in Abgrenzung zu den USA zum Multilateralismus und starker Unterstützung Internationaler Organisationen.

Petra Dolata-Kreutzkamp erklärte weiter, dass Kanada „Paradiplomatie“ betreibe durch substaatliche Einheiten wie die Provinzen. Ein interessantes Phänomen sei, wie die multikulturelle Gesellschaft und ihre einzelnen Lobby-Gruppen (wie Haitianer in Montréal) auf die Außenpolitik einwirkten. Kanadas Außenpolitik werde beeinflusst von der Geschichte als „emer-

nes Zeitalter“ kanadischer Diplomatie gilt die Zeit von 1945 bis in die 1960er Jahre, in denen Kanada im Kongo, im Yemen und in Zypern das „Peacekeeping“ quasi erfand. Umso überraschender ist das Territorialdenken, sobald es um die Arktis geht: Kanada möchte eine robuste Führungsrolle und volle souveräne Rechte über den arktischen Norden bis hinaus über die Insel Ellesmere ausüben.

Multilateralismus ist also nicht die ganze Geschichte. Energiewirtschaft spiele eine große Rolle: Kanada ist auch auf dem Weg, ein „emerging energy superpower and mining giant“ zu werden. Die sicherheitspolitische Dimen-



Bilderbuch-Kanada: der Peyto Lake im Banff National Park

Arktis machte der Diplomat den kanadischen Standpunkt sehr deutlich: Es handele sich nicht um leeres Gebiet wie in der Antarktis, schließlich lebten dort 100 000 Kanadier und zwei Millionen Russen. Ein internationales Abkommen sei nicht notwendig.

Charbonneau schließlich: Es sei Teil seiner Arbeit an der Botschaft, die Arktis zu de-romantisieren. Europäer hätten wenig Verständnis für die Menschen des Nordens, wie am Beispiel der traditionellen Robbenjagd der Inuits zu sehen sei. Kanadas Außenpolitik, ursprünglich am Schutz des Indi-

ging nation“, als Mittelmacht und gegenwärtig wohl durch die Entwicklung zum „postmodern state“, der nicht nur multikulturell und multi-ethnisch, sondern auch durch seine humanitäre Agenda geprägt sei. Allerdings, so Dolata-Kreutzkamp, kann sich Kanada der Kritik an seiner Geschichte als weiße Siedlerkolonie und Unterstützer des britischen Imperialismus nicht entziehen. Seine spezialisierte Rolle im internationalen System habe Kanada nicht zuletzt durch sein internationales Engagement von der UN- und NATO-Gründung bis über den Korea- und Suezkrieg entwickelt. Als „Golde-

sion und Militarisierung der Arktis ist seit 2005 zu beobachten. 2008 legte Kanada eine erste Sicherheitsstrategie vor, 2009 eine Arktisstrategie. Souveränität und Identität spielen plötzlich eine Rolle: „Nordicité, der Geist des Nordens und seine Mythologie. Die Arktischen Staaten sind der Meinung, sie können den Norden gut selbst verwalten. Man schreibt den Europäern auch nicht vor, was im Mittelmeer zu tun sei“, fasste Petra Dolata-Kreutzkamp die kanadische Haltung zusammen. ■

Saskia Hieber

Vor 50 Jahren: heftiger Gegenwind für die Akademie

Presse stellte junge Tutzinger Bildungsstätte in Frage

In der Münchner Abendzeitung vom 11. Januar 1961 wurde unter der Überschrift „Nach den ersten zwei Jahren: Kritik an der Politischen Akademie“ die frühe Aufbauphase höchst negativ bewertet. Die gleiche Stoßrichtung verfolgt der Artikel „Warten auf die Akademie“, der kurz darauf in der Bayerischen Staatszeitung vom 13. Januar 1961 erscheint. Auch Münchner Merkur, Nürnberger Nachrichten, Schwäbische und Süddeutsche Zeitung bis hin zum Kölner Stadt-Anzeiger beteiligen sich an der kritischen Diskussion um die bisherigen Leistungen der Akademie. Die erhobenen Hauptvorwürfe sind ein „hoher Etat“, das „magere Veranstaltungsprogramm“ und die „spärlichen Veröffentlichungen“.

Die öffentliche Kritik an der Akademie und ihrer Arbeit löste heftige Reaktionen aus: Mit Vehemenz wehrte sich Direktor Felix Messerschmid gegen die erhobenen Vorwürfe, die Akademie habe es seit ihrem Arbeitsbeginn im Oktober 1958 an der von ihr erwarteten Aktivität fehlen lassen. Selbst kein Freund allzu starker Öffentlichkeit, sprach Messerschmid in unterschiedlichen Stellungnahmen von „Machenschaften einzelner Persönlichkeiten gegen die Akademie“, die allein auf deren Diskreditierung abzielten.

Erfolgsbilanz

Auch in der Kuratoriumssitzung vom 31. Januar 1961 entzündete sich an den negativen Presseveröffentlichungen eine lebhafte Diskussion. Nach deren einmütiger Verurteilung befürwortete das Kuratorium „ausdrücklich“ die bisherige Arbeitsweise der Akademie und „bittet den Direktor, die erfolgversprechende Tätigkeit (...) in gleicher Art und Weise fortzusetzen.“ Darüber hinaus wurde festgestellt:

1. Seit der Aufnahme ihrer Tätigkeit im Oktober 1958 habe die Akademie neben ihrem organisatorisch-institutionellen Aufbau bis zum Ende

des Jahres 1960 insgesamt 132 Kurse, Tagungen, Konferenzen und Seminare mit Angehörigen aller Bevölkerungsschichten durchgeführt. Außerdem seien allein im Jahre 1960 von den Mitarbeitern der Akademie über 130 Vorträge bei Veranstaltungen außerhalb des Sitzes der Akademie gehalten worden. Neben zahlreichen Arbeitsberichten seien bereits sechs gedruckte Publikationen erschienen, weitere im Druck befindlich.

2. Im Hinblick auf diese Tatsachen bedauere das Kuratorium einige vor Kurzem erfolgte Presseangriffe auf die Akademie sowie insbesondere auch die Tatsache, dass die eigentlichen Urheber dieser Angriffe nicht bereit gewesen sind, selber in Erscheinung zu treten. Die in diesen Artikeln aufgestellten Behauptungen seien unzutreffend und ließen erkennen, dass die Verfasser nicht bemüht waren, sich selbst ein Bild von der Arbeit und den Leistungen der Akademie zu verschaffen.

3. Die Tätigkeit der Akademie sei bisher nicht auf Publizität abgestellt gewesen. Ihr Schwergewicht würde bewusst auf eine eingehende pädagogische Arbeit an den einzelnen Teilnehmern und neben der Wissensvermittlung auf eine die menschliche Begeg-

nung und das Gespräch fördernde Gestaltung des Zusammenlebens gelegt, da hierdurch erfahrungsgemäß für die politische Bildung der Bevölkerung mehr zu erreichen sei.

Empfänger dieser einstimmig verabschiedeten Erklärung des Kuratoriums waren nicht nur sämtliche bayerischen Zeitungen und der Bayerische Rundfunk, sondern insbesondere auch höchste landespolitische Kreise wie Ministerpräsident Hans Ehard, einzelne Ressortchefs sowie auch die Spitzen des Bayerischen Landtags und des Senats.

Medienoffensive

Wenig später ging die Akademie in die mediale Offensive: Anlässlich des zweiten Jahrestages ihrer Eröffnung (21. Februar 1959) lud sie für den 3. März 1961 zu einer Pressekonferenz nach München ein.

Nach einem ausführlichen Bericht über Aufgabe, Arbeitsweise und Tätigkeit der Akademie beantworteten Direktor Messerschmid und die Kuratoriumsmitglieder Arnold Bergstraesser, Hildegard Hamm-Brücher, Waldemar von Knoeringen, Hans Nawiasky, Fritz Pirkel, Konrad Pöhner und Friedrich Zietsch Fragen der Journalisten.

Angesichts ihrer nachweislichen Erfolge verrauchte der mediale Sturm gegen die Tutzinger Bildungsstätte ebenso rasch wie er gekommen war.

■ Steffen H. Elsner

Alexandra Kournioti in der BAYERISCHEN STAATSZEITUNG vom 12. November 2010:

„Integration ist kein Almosen“

Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky ist für Zuwanderung mit Bedingungen

Wie stellt sich der durchschnittliche deutsche Bürger Neukölln in Berlin vor? Heinz Buschkowsky, Deutschlands bekanntester Bezirksbürgermeister, hat eine Ahnung, wie „sein Stadtteil“ in den Köpfen der Mehrheit aussieht: „Die meisten denken doch, die Menschen leben bei uns in Schützengräben und gehen mit Stahlhelmen auf den Köpfen zur Arbeit“, sagte der 62-Jährige mit der durchdringenden Berliner Schnauze im Rahmen des Akademiegesprächs. Das veranstaltet der bayerische Landtag in Kooperation mit der Tutzingener Akademie für Politische Bildung regelmäßig. Buschkowsky referierte im vollen Senatssaal über „Integration vor Ort. Konkrete Herausforderungen“.

Kindergartenpflicht ab einem Jahr

So viel vorweg: Der streitbare Sozialdemokrat ist ein Rhetoriker der anschaulich-drastischen Schule, ohne Furcht vor Kalauern und mit autoritären Thesen. Politische Korrektheit hält er für „eine Ausrede, um nichts tun zu müssen“. Zudem ist Buschkowsky ein Befürworter des Sanktionsrechts, beispielsweise bei Intensivtätern oder Eltern, die ihre Erziehungspflicht grob vernachlässigen. Nichtsdestoweniger wehrt sich der 62-Jährige gegen das Image seines Geburtsorts als Rüpel- und Versager-Hochburg: Kriminelle ausländische Jugendliche, die die Rütli-Schule schwänzen und ihre Mitbürger „abziehen“: Das ist das in den Medien kolportierte Bild eines so genannten Problemviertels, das scheinbar an der In-

tegration seiner Zuwanderer gescheitert ist. „Wer das glaubt, ist bezahlten Provokateuren aufgesessen“, sagte Buschkowsky kämpferisch. Es gebe unzählige Geschichten gelungener Integration.

Dabei verkennt er die Sozialdaten seines Bezirks nicht: 40 Prozent der Zuwandererkinder sprechen bei der Einschulung kein Deutsch. Ihre Zähne sind großteils in katastrophalem Zustand. Etwa 90 Prozent der Arbeitssuchenden unter 25 Jahren – darunter viele Migranten – sind nicht ausbildungsfähig. Von einst 48 ist die Zahl der ausländischen Intensivtäter in Neukölln auf 200 gestiegen. „Das ist zwar zahlenmäßig ein Fliegenklecks in

gen der Opfer trügen dazu bei, „ein Stück Stammtisch zu schaffen“.

Buschkowsky glaubt an die Möglichkeit von Integration – unter Voraussetzungen. Darin stimmt er mit Akademie-Direktor Heinrich Oberreuter überein. Bildung ist für Buschkowsky das A und O für das Miteinander: „wenn ich Analphabeten anwerbe, darf ich mich nicht wundern, wenn sie ihren Kindern nicht bei Pythagoras helfen können“, formulierte er unbeeindruckt vom Rausen der Zuhörer. Buschkowsky fordert die Kindergartenpflicht ab einem Jahr. Einwände, dies könnte verfassungswidrig sein, weil ins Elternrecht eingegriffen werde, bügelt er ab: „Nur Eltern glauben, dass ihre Kinder am liebsten mit ihnen spielen“.



Im Publikum war auch die ehemalige Bundespolitikerin Hildegard Hamm-Brücher (vorne rechts)

Foto: Haas

Erziehungsberechtigten, die nicht dafür sorgen, dass ihre Kinder zur Schule gehen, würde er gerne das Kindergeld streichen. Schon jetzt lässt er Neuköllner Schulschwänzer – selbstredend auch deutsche – von der Polizei abholen; Bildungseinrichtungen werden von Sicherheitsdiensten überwacht. Die beabsichtigte Botschaft laute: „Wer die Regeln verletzt, bekommt Ärger“. Buschkowsky bewertet derlei Mittel als Wegbereiter der Integration. Letztere sei „kein Almosen, sondern überlebenswichtig“.

Nur mehr gut ausgebildete Zuwanderer könnten in Zeiten des demografischen Wandels dazu beitragen, Deutschlands Bruttoinlandsprodukt zu sichern.

(Siehe Bericht Seite 10)

Sebastian Puschner in der online-Ausgabe der „taz“ aus Berlin am 10. November 2011:

Neuköllner Verhältnisse in München

Neuköllns SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky erklärt CSU-Abgeordneten, wie Integration klappen könnte. Die staunen.

Ob Heinz Buschkowsky am Ende tatsächlich Bewerbungen von umzugswilligen Münchnern erhielt, darf bezweifelt werden. Doch von dem seinem Vortrag vorangestellten „Werbeblock für Neukölln“ war das Publikum am Dienstagabend in der bayerischen Landeshauptstadt sichtlich beeindruckt. Die beste aller Berliner Opern? Befindet sich in Neukölln. Wo werden die zuverlässigsten Herzschrtrittmacher gefertigt? In Neukölln. „Stecken Sie mir einen Zettel mit Ihrem Namen und Geburtsdatum zu, ich sehe bei der Wohnungsvergabe mal, was ich tun kann“, bot der Bezirksbürgermeister großzügig an.

Edel gekleidet, teuer parfümiert und überwiegend jenseits der fünfzig: Buschkowsky hatte es in München mit einer augenscheinlich anderen Klientel zu tun als zu Hause. In Neukölln leben 300.000 EinwohnerInnen aus

162 Nationen, die Arbeitslosenquote beträgt in einigen Kiezen 25 Prozent, in vielen Schulen ist nur ein Zehntel der Schüler deutschsprachig aufgewachsen. Für viele der Anwesenden klang das nach einer fernen Welt. Ebendarum hatte die unabhängige Tutzingener Akademie für Politische Bildung Buschkowsky ja eingeladen: Mehr als 300 ZuhörerInnen waren in das den Bayerischen Landtag beherbergende Maximilianeum gekommen, um seinen Ausführungen über „Integration vor Ort“ und deren „konkrete Herausforderungen“ zu lauschen.

Dass er dabei mit seinen Forderungen nach Kindergeldkürzung für Schulschwänzer und der „Erfolgsstory“ des Wachstums vor Schulen Applaus erntete, war erwartbar. Doch auch als sich Buschkowsky für längeres gemeinsames Lernen, Ganztagschulen („Ich weiß, das ist hier unten ein

Schimpfwort“) und Kindergartenpflicht ab dem ersten Lebensjahr aussprach, war deutliche Zustimmung vernehmbar. So stand der kleine Mann mit dem großen Bauch, schwarzem Sakko und glänzender Anstecknadel an der Krautwatte im großen, herrschaftlichen Senatssaal des Landtags und erklärte zahlreichen CSU-Landtagsabgeordneten und der politisch interessierten gehobenen Münchner Mittelschicht, dass das Integrationsproblem des Einwanderungslandes Deutschland eben vor allem ein Bildungsproblem sei. Und dass dessen Lösung schon angesichts der demografischen Lage überlebenswichtig sei.

Dem Applaus nach hat man das inzwischen auch in München begriffen – der Ministerpräsident war allerdings nicht anwesend.

(Siehe Bericht Seite 10)

MÜNCHNER MERKUR vom 12. Januar 2011:

„Deutsch als Landessprache“

Der Präsident des Deutschen Bundestags, Norbert Lammert (CDU), will Deutsch als Landessprache im Grundgesetz verankern. Auf der dreitägigen Tagung „Deutsch in der Wissenschaft“ an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing sagte er: „Kaum eine Verfassungsänderung kann es in ihrer Bedeutung mit der Aufnahme der deutschen Sprache in das Grundgesetz aufnehmen.“ Wenn die Politik mitverantwortlich sein wolle für die Förde-

rung der Sprache des Landes, müsse sie dies im Grundgesetz klarstellen. Die Parteien sollten sich seiner Meinung nach an den Verfassungen Österreichs und der Schweiz orientieren – dort ist Deutsch als Landessprache Bestandteil. Auch in der Europäischen Union, in der Deutsch eine von 23 Amtssprachen ist, fordert Lammert auf, die eigene Sprache zu pflegen. Sollten EU-Gesetze dem Bundestag nicht in deutsch vorliegen, sollte deren Behandlung

„ruhig auch einmal ausgesetzt“ werden. Deutsche Wissenschaftler sollten, so Lammert, nicht in „voraussetzendem Gehorsam“ in Englisch publizieren. Dadurch gehe „eine Menge Präzision verloren“.

(Siehe Bericht Seite 3)

Sharon Chaffin zur Tagung „Herausforderung Rechtsextremismus“ in der NÜRNBERGER ZEITUNG vom 23. Dezember 2010:

Bekenntnisse eines Geläuterten

Die Rechtsradikalen machen mobil. Nach der Fusion von NPD und DVU gehen sie gestärkt in die Landtagswahlen 2011. Aber auch Neonazis rüsten sich – wie die regelmäßigen Aufmärsche in der Region zeigen – zum Kampf auf der Straße. Wie lässt sich der braunen Gefahr effektiv entgegenwirken? Diese Frage diskutierten Experten auf einer gemeinsamen Tagung der Petra Kelly Stiftung und der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Die Wahrheit hat viele Gesichter. Oft unterscheiden sich diese nur in Kleinigkeiten. Abhängig davon, in welcher Lebenslage oder Laune sich der Betroffene gerade befindet. Auch die Wahrheit von Manuel Bauer – oder besser gesagt deren Schilderung – klingt einmal so und beim nächsten Mal anders. Die Suche nach Wirklichkeit ist freilich immer schwer – ganz besonders aber für ihn. Denn der 31-jährige Sachse hat eine Vergangenheit,

zu der sich niemand gerne bekennt: Er war in den 90er Jahren überzeugter Neonazi. Aber nicht ein „kleines Licht in einer Dorfkameradschaft“, wie er sagt, sondern Anführer, Befehlsgeber, Populist und Chefstrategie.

Erst im Gefängnis, wo er eine Haftstrafe wegen Erpressung verbüßt, beginnt er im Jahr 2002 mit der Aussteigerorganisation Exit zusammenzuarbeiten und sich langsam vom Rechtsradikalismus zu lösen; an dieser Stelle aber hat seine Läuterungsgeschichte zwei unterschiedliche Ausgänge. Als er im Dezember 2007 bei einem Vortrag im oberfränkischen Gräfenberg – damals noch unter dem Pseudonym Maik – auf sein Leben zurückblickt, ist es nach seiner Darstellung eine Frau, die ihn aus dem braunen Sumpf zieht. Jetzt, drei Jahre später, schreibt er die Abkehr den Exit-Mitarbeitern zu, die ihn in der JVA besucht haben. Außerdem habe er sich bessere Haftbedingungen versprochen, wenn er das Gesprächs-

angebot annimmt: „Ich hatte Angst, dass ich noch länger im Knast sitzen muss und habe deshalb bei Exit angerufen“, sagt er.

Aber welche Variante ist nun wahr, welche unwahr? Für Exit-Gründer und Geschäftsführer Bernd Wagner liegt die Antwort irgendwo dazwischen. „Bei Manuel Bauer sind zwei Sachen zusammengekommen: Wir haben mit ihm in der JVA Kontakt aufgenommen“, erklärt er auf NZ-Anfrage. Ebenso habe seine Ausstiegsbereitschaft mit der Freundin zu tun gehabt. Eine Mischung aus beidem komme dem „objektiven Ablauf“ sehr nahe. Was Manuel Bauer letztlich zum Ausstieg auch immer bewogen haben mag – mit seiner weiteren Entwicklung ist Wagner mehr als zufrieden. Manuel Bauer sei in den letzten paar Jahren milde geworden, berichtet er. In seiner aktiven Zeit aber sei er das Gegenteil gewesen: „ein ziemlich rüder Mensch“. ...

(Siehe Bericht Seite 17)

Herbert Fuchs in den NÜRNBERGER NACHRICHTEN vom 23. Dezember 2010:

Neonazis im Biedermann-Kostüm

... Neonazis kommen verstärkt in bürgerlicher Verkleidung daher, als Biedermänner. Als solche würden sie in Bayern und anderswo von der Politik und auch vom Verfassungsschutz verharmlost, beklagte Annette Ramelsberger (Süddeutsche Zeitung). Wie weit es Rechtsextremisten damit gebracht haben, zeigt sich auch in der Region. In Gräfenberg etwa, wo Neonazis regelmäßig aufmarschierten, oder in Obertrubach, wo sie „nationale Feiertage“ inszenierten. Dort bekommt man von Einheimischen oft recht schnell zu hören, dass „diese jungen Leute sich wenigstens anständig aufführen, im

Gegensatz zu unserer Jugend“. Einen tiefen Einblick in die sich wandelnde Szene gab in Tutzing die Journalistin Andrea Röpke. Sie hatte jahrelang unter Neonazis verdeckt recherchiert („ein hartes Lehrstück“) und sich erst dann offenbart, als einige Rechtsextremisten Verdacht schöpften und sie massiv bedrohten. Nun arbeitet sie mit offenem Visier. Sie hat die Phase hautnah miterlebt, als Anfang der 90er Jahre die NPD-Nachwuchsorganisation JN und der Nationale Deutsche Hochschulbund eine „nationale Gemeinschaft“ etablieren wollten, eine Parallelgesellschaft mit eigenen Wirt-

schafts- und Finanzkreisläufen sowie eigenen Sanktionsmöglichkeiten für Gegner. Für gefährlicher hält Röpke die neue Marschrouten: nicht aus der Gesellschaft aussteigen, sondern diese von innen heraus verändern. Dafür stehe ein zentraler Begriff, der es im Jahr 2000 zum Unwort des Jahres brachte: „national befreite Zonen“. Nach Ansicht der Journalistin darf dies nicht gleichgesetzt werden mit No-Go-Areas, in denen man sich (vor allem als farbiger) Ausländer nicht sehen lassen sollte. Vielmehr sei dies ein vielschichtiges Vorgehen, Gegner einzuschüchtern. Die ideologische Klammer sei die – der NS-Ideologie entlehnte – „Volksgemeinschaft“: Elitär, rassistisch, antidemokratisch, gut geeignet, bestimmte Menschen einzuschließen oder auszugrenzen. ...

Dieses Schriftenverzeichnis liefert erstmals einen vollständigen bibliografischen Nachweis aller Titel, die unter Beteiligung der Akademie zwischen 1957 und 2010 erschienen sind. Die Dokumentation umfasst sowohl Schriftenreihen wie Einzeltitel, die in alleiniger oder kooperativer Herausgeberschaft der Akademie publiziert worden sind, aber auch Veröffentlichungen, die auf Veranstaltungen zurückgehen, bei denen die Akademie zumindest als Kooperationspartner aufgetreten ist. Dokumentiert werden überdies sämtliche Schriftwerke und Arbeitsmaterialien, die nicht über den regulären Buchhandel zu beziehen waren, sondern nur Gästen, Tagungsteilnehmern oder interessierten Dritten zur Verfügung gestellt wurden. Auf diese Weise ergibt sich ein ebenso facettenreiches wie umfassendes Bild vom publizistischen Wirken der Akademie in den mehr als fünf Jahrzehnten ihrer Geschichte.

Steffen H. Elsner / Thomas Schölderle (Bearb.)

**Publikationen der Akademie
für Politische Bildung**

Gesamtverzeichnis 1957-2010

Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2010,
128 S., ISBN: 978-3-9814111-0-2

Jahresbibliografien 2010

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Monografie:

Wendezeiten. Zeitgeschichte als Prägestkraft politischer Kultur, München 2010 (Olzog), 384 S.

Aufsätze:

Institutionen: Ideen im Wandel, in: Klemens H. Schrenk / Markus Soldner (Hrsg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2010 (VS Verlag), S. 263 - 272.

Landesparlamentarismus in nationaler und europäischer Perspektive, in: Ulrich Sarcinelli / Jürgen W. Falter / Gerd Mielke / Bodo Benzner (Hrsg.): Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie, Wiesbaden 2010 (VS Verlag), S. 219 - 234.

Parteien, in: Irene Gerlach / Eckhard Jesse / Marianne Kneuer / Nikolaus Werz (Hrsg.): Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden (Nomos) [= Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP), Bd. 27], S. 167 - 180 (mit Uwe Kranenpohl).

Vertrauen in der Politik, in: Martin K. Schweer (Hrsg.): Vertrauensforschung 2010: A State of the Art, Frankfurt am Main 2010 (Peter Lang) [= Psychologie und Gesellschaft, Bd. 9], S. 87 - 102.

Von Krise zu Krise. Die Erosion der CSU während der Großen Koalition, in: Sebastian Bukow / Wenke Seemann (Hrsg.): Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien: 2005-2009, Wiesbaden 2010 (VS Verlag), S. 285 - 298.

Auf dem Weg zur Volkspartei. Die Grünen im Höhenflug: Alternative auch für bürgerliche Wähler?, in: Bayerischer Monatsspiegel, Heft 157/2010, S. 24f.

Ohne Führung wächst kein Vertrauen, in: Berliner Republik, Heft 5/2010, S. 91.

Politik als Show. Die Inszenierung der Politik in den Medien, in: Forum Politikunterricht, Heft 3/2010, S. 18 - 20.

APB-Kurzanalyse:

Was ist konservativ? Grundsätzliches zur Diskussion über die Heimatlosigkeit der Konservativen in der CDU, Akademie-Kurzanalyse 2/2010, Akademie für Politische Bildung Tutzing (http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/Publikationen/Akademie-Kurzanalysen/Akademie-Kurzanalyse_02-10.pdf), 10 S.

Steffen H. Elsner

Edition:

Publikationen der Akademie für Politische Bildung. Gesamtverzeichnis 1957-2010 (Erstellt und bearbeitet mit Thomas Schölderle), Tutzing 2010 (Akademie für Politische Bildung), 128 S.

Dr. Saskia Hieber

Aufsatz:

Vernunft oder Egoismus – Bemerkungen zur chinesischen Energiepolitik, in: econonet monitor china, Mai 2010, S. 9 - 10.

Dr. Ondrej Kalina

Monografie:

Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland, St. Augustin/Berlin 2010 (Konrad-Adenauer-Stiftung, Handreichung zur politischen Bildung, Bd. 4), 134 S.

Aufsatz:

Unheilvolle Entwicklungstrends? Reflexionen zur Lage der politischen Bildung in Schule, in: Forum Politikunterricht, Heft 3/2010, S. 7 - 10.

Dr. Stefan Köppl

Aufsätze:

Extremismus in Italien, in: Jesse, Eckhard / Thieme, Tom (Hg.): Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden (VS Verlag) 2010, S. 197 - 212.

Italien – asymmetrischer Regionalismus im Wandel, in: Jürgen Dieringer / Roland Sturm (Hrsg.): Regional Governance in EU-Staaten, Opladen 2010 (Verlag Barbara Budrich), S. 127 - 148.

Italiens Parteiensystem im Wandel, in: Der Bürger im Staat, 60. Jg., Heft 2/2010, S. 168 - 177.

Berlusconis Italien – ein Rätsel?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 59. Jg., Heft 1/2010, S. 53 - 64. Unheilvolle Entwicklungstrends? Reflexionen zur Lage der politischen Bildung in Schule, in: Forum Politikunterricht, Heft 3/2010, S. 7 - 10.

Dr. Wolfgang Quaisser

Monografie:

Soziale Marktwirtschaft. Standortwettbewerb als Gegenstand Politischer Bildung, Tutzing Schriften zur Politischen Bildung, Schwalbach/Ts 2010 (Wochenschau Verlag), 143 S.

Kurzanalyse:

Finanz- und Wirtschaftskrise: Exit wohin? Akademie für Politische Bildung, Akademie Kurzanalyse, Nr. 1, August 2010 (<http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/Publikationen/Akademie-Kurzanalysen/APBK-01-2010-WQ-5.pdf>).

Dr. Thomas Schölderle

Edition:

Publikationen der Akademie für Politische Bildung. Gesamtverzeichnis 1957-2010 (Erstellt und bearbeitet mit Steffen H. Elsner), Tutzing 2010 (Akademie für Politische Bildung), 128 S.

Aufsatz:

Verfassungspatriotismus und politische Bildung, in: Geschichte – Wirtschaft – Politik (GWP). Sozialwissenschaften für politische Bildung, 59. Jg., Heft 3/2010, S. 337 - 344.

Rezensionen:

„Gerald Munier: Thomas Morus. Urvater des Kommunismus und katholischer Heiliger, Hamburg 2008 (VSA)“ und „Wilhelm Ribhegge: Erasmus von Rotterdam, Darmstadt 2010 (WBG)“ (Doppelrezension), in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 57. Jg., Heft 3/2010, S. 355 - 358.

„Andreas Heyer: Sozialutopien der Neuzeit. Bibliographisches Handbuch. Band 2: Bibliographie der Quellen des utopischen Diskurses von der Antike bis zur Gegenwart. Mit einem Geleitwort von Richard Saage, Münster 2009 (LIT Verlag)“, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 57. Jg., Heft 1/2010, S. 115 - 117.

„Kurt P. Tudyka (Hrsg.): Ist eine andere Welt möglich? Utopische Zwischenrufe. Multidisziplinäre Analysen und Reflexionen des utopischen Diskurses (Schriften zur politischen Theorie; Bd.9), Hamburg 2009 (Kovac)“. Rezension vom 03.03.2010 [<http://www.socialnet.de/rezensionen/9054.php>].

„Barbara Solf-Leipold: Schafft der Sozialstaat neue Klassenlagen? Über Ursache, Entwicklung und Bedeutung von Versorgungsklassen (Socialia; Bd.104), Hamburg 2009 (Kovac)“. Rezension vom 02.03.2010 [<http://www.socialnet.de/rezensionen/8551.php>].

Dr. Michael Schröder

Edition:

Qualität unter Druck. Journalismus im Internet-Zeitalter (zus. mit Axel Schwanebeck). Baden-Baden 2010 (Nomos, Edition Fischer), 183 S.

Aufsätze:

Inszenierung und Manipulation im Fernsehen – Das „TV-Duell“ im Bundestagswahlkampf 2009, in: Forum Politikunterricht 1-2010, Die Macht der Bilder, S. 30 - 32.

Journalismus als Kulturgut. Kriterien für Qualität in Zeiten der Krise, in: Qualität unter Druck. Journalismus im Internet-Zeitalter (Hrsg. zus. mit Axel Schwanebeck). Baden-Baden 2011 (Nomos, Edition Fischer), S. 9 - 23.

Dr. Manfred Schwarzmeier

Aufsatz:

Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr: Kein Thema im Wahlkampf 2009, in: Braml, Josef/Risse, Thomas/Sandscheider, Eberhard (Hrsg.): Einsatz für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Jahrbuch Internationale Politik, Band 28, München 2010 (Oldenbourg-Verlag), S. 391-397.

Online-Beitrag:

„Nicht ignorieren, sondern hinschauen und aufstehen!“ Rechtsextremismus in Bayern. Tagungsbericht auf der Homepage der Petra-Kelly-Stiftung: www.petrakellystiftung.de/programm/rueckblick.html (Stand 12/10).

Dr. Michael Spieker

Aufsatz:

Zäsur oder Moment? Über die Anschaulichkeit der Geburt und die verborgene Gabe. In: Weilert, K. (Hg.): Spätabbruch oder Spätabtreibung – Entfernung einer Leibesfrucht oder Tötung eines Babys? Tübingen 2010, S. 102 - 128.

Zeitungsartikel:

Der Pate geht zur Schule, Frankfurter Rundschau, 29.3.2010.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

M ä r z

9-2* 2. – 4. März

Schülerforum Politik: Feindbild Globalisierung?

Leitung: Michael Spieker / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

10-1 11. – 13. März

Quellen der Orientierung – Moral, Recht, Religion

Leitung: Gero Kellermann / Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

11-1* 14. – 18. März

China und Indien: Gestalten Asiens „Riesen“ die Welt?

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-3 16. – 18. März

Lust auf Recherche

Werkstattseminar für Journalisten

Leitung: Michael Schröder / Jochen Reiss

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-2 18. – 20. März

Direkte Demokratie – Forschungsstand und Perspektiven

Leitung: Stefan Köppl / Uwe Kranenpohl / Eike-Christian Hornig

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

12-2 21. – 25. März

Philosophische Studienwoche

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

12-3 25. – 27. März

Globale Wirtschaftskrisen: Die Politik als getriebene oder gestaltende Kraft?

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

13-1* 28. März – 1. April

Geschichte an der FOS/BOS – der neue Lehrplan

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

A p r i l

13-2 1. – 3. April

Vernunft, Recht und Staat im Christentum

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

14-4 4. – 5. April

Verbraucherbildung: Probleme und Zukunft

Leitung: Stefan Köppl

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

14-5 4. – 6. April

Tutzingen Didaktikforum: Planspiele in der politischen Bildung

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Michael Schröder / Detlef Dechant

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

14-1 8. – 10. April

Regieren unter Druck

Politische Führung in der Stimmungsdemokratie

Leitung: Stefan Köppl / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

15-1* 11. – 15. April

China und seine Rolle in der Welt

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

15-2* 11. – 15. April

Eine Bilanz der EU-Osterweiterung und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter moderierte im Deutschen Bundestag die Diskussionsveranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen zum Thema „Was leisten Plebiszite, was der Parlamentarismus nicht leisten könnte?“ sowie in Wasserburg am Inn das Streitgespräch zwischen Dr. Peter Gauweiler und Christian Ude. In München wirkte er als Vorsitzender der Jury bei der Verleihung des Bayerischen Printmedienpreises mit. Bei der Deutsch-Niederländischen Konferenz in Den Haag referierte er über die Flüchtigkeit des Wählers. In Bensberg nahm er als Experte am Workshop der Bundeszentrale für politische Bildung über „Handlungsperspektiven für die politische Bildung in der partizipativen Technikbewertung“ teil. In Maria Laach sprach er über „Grundwerte – Leitkultur – Integration“. In Passau hielt er anlässlich des 50. Jubiläums der Festspiele Europäische Wochen e. V. die Festrede zu „Kultur als Prägekräft“ und bei der Vollversammlung der IHK Niederbayern einen Vortrag über „Verlust an Bindekraft – zum Erosionsprozess der Volksparteien“. In der benachbarten Evangelischen Akademie sprach er über „Zukunftsfähige Demokratie. Wie kann Langfristdenken mehrheitsfähig werden?“ Am Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Sofia wirkte er an den Abschlussprüfungen des Masterstudiengangs mit.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber referierte im Zuge der Ringvorlesung Professor Kindermanns „Geschichte und Politik in Ostasien“ über die Positionierung des chinesischen Militärs. An der NATO School referierte sie als regelmäßige „guest lecturer“ über „Chinese Security Perceptions and Interests“. Für den Rotary Club Starnberg diskutierte sie Chinas energiewirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen. Bei der Jahresversammlung des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Tutzing e. V., die unter dem Motto „Fremde Kulturen – Entwicklung nach eigenem Muster“ stand, hielt sie einen Vortrag über „Aufstiegs- und Bedrohungspotentiale in China“ und nahm an einer Podiumsdiskussion über die Frage nach China als Entwicklungsalternative zum europäischen Modell teil, die von BR-alpha aufgezeichnet und ausgestrahlt wurde. Ihre Lehrveranstaltung im Wintersemester 2010/11 an der Universität München behandelt „Transformationsprozesse in der chinesischen Politik“. Außerdem wurde sie in den Wissenschaftlichen Beirat für China in der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde berufen.

Dr. Stefan Köppl referierte im Bildungszentrum Schloss Eichholz über das politische System Deutschlands und über die Entwicklung des deutschen Parteiensystems.

Dr. Wolfgang Quaisser moderierte auf einer Tgung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin ein Panel über Verfahren und Instrumente einer wirksamen Bewältigung von Schuldenkrisen in der Eurozone.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

.....
Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße..... PLZ..... Ort.....

Tel..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing